

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis
Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf., Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
setze oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
Kreuzsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 14. Juni 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Wird es Ernst in Preußen?

Nach der Ablehnung der Kanalvorlage in der Kommission
des Abgeordnetenhauses hatte sich unzweifelhaft die ganze
politische Lage in Preußen derart zugespitzt, daß alle Be-
teiligten mit der Möglichkeit einer Auflösung des Landtages
zu rechnen begannen.

Die nicht-agrarischen Nationalliberalen, bei
einem Dreiklassen-Wahlkampf um eine großindustrielle Beute
wahrscheinlich die Hauptgewinner, legten der Regierung immer
begehrlicher nahe, unter den landrätlichen konservativen Wahl-
machern sofort fürchterlich Musterung zu halten.

Herr Eugen Richter, früher der denkbar laueste
Freund, ja sogar ein steinadiger Gegner, der „nicht rentieren-
den“ Wassertrahen, hatte sich nicht nur mit einem male
freundlich und geschmeidig gezeigt, sondern sich sogar von
Anfang an mit der ganzen Wucht seiner parlamen-
tarischen Befähigung zum Mittelpunkt der Angriffe gegen
die Rechte zu machen verstanden, unseres Erachtens von vorn-
herein in dem Bestreben, die Wahlchancen seiner Partei für
den Fall eines Konfliktes zu verbessern. Wir gehen sogar so-
weit, die gesuchten Warnungen der Richterischen Presse vor
einem Zusammenarbeiten mit der Socialdemokratie in Arbeiter-
schutz- und Kassenfragen, die geradezu stürmische Reichstags-
polemik gegen die „Untergrabung des Privatkapitals“ durch
die socialdemokratischen Invalidenversicherungs-Vorschläge,
das immer von neuem betonte Arm-in-Arm-Gehen
mit den Interessenverbänden der Industriellen mit Wahl-
spekulationen in Zusammenhang zu bringen. Die freisinnige
Kriegskasse ist immer notleidend und kann heute, kaum ein
Jahr nach den allgemeinen Reichstagswahlen, erst recht einen
stärkeren Zufluß aus besitzenden Schichten sehr gut gebrauchen;
und den Wert der Arbeiterstimmen hat Herr Richter für
preussische Landtagswahlen stets sehr niedrig eingeschlagen.
Die Entscheidung zwischen dem Beifall rechts oder links konnte
ihm also nicht schwer fallen.

An den Konservativen rächt sich jetzt ihre Ver-
gangenheit auf das Bitterste. Ihr Einfluß bei den Wahlen
wurzelt zu einem guten Teile in der Wahlmacht der Land-
räte. Aber die Wahlarbeit der agrarischen Landräte wäre so
gut wie vollständig gelähmt, wenn eine hohe königlich preussische
Regierung zum Kampfe gegen das agrarische Sonderinteresse
aufriefe. Ja noch viel mehr: bei einem gleichen Wahl-
recht könnten sich die Bündler am Ende noch in vielen Wahl-
kreisen auf die brodelnden Massen ihrer willenlosen Gefolgs-
chaft verlassen. Die Dreiklassenwahl verlegt indes
den Schwerpunkt in engere Kreise und engste Aliquen, die
einer beherrschend oder auch geschäftlichen Beeinflussung um
so eher zugänglich sind, als sie bei dem preussischen Wahl-
verfahren ihre Rebellion gegen Staat und Großkapital auch
noch offen vor aller Welt zu Protokoll geben müssen. Der
Strid, den man der demokratischen Opposition zu drehen
gedachte, läßt sich unter solchen Voraussetzungen auch ein-
mal den junkerlich-agrarischen Reaktionen um den Hals
legen.

So tritt es denn von Tag zu Tag mehr hervor, daß den
Konservativen trotz der fortgesetzten lauten Agitation gegen
den Rhein-Elbe-Kanal innerlich gar nicht geheuer zu Mute ist.
Gilt doch eine allgemeine Neuwahl nicht nur der Frage:
Kanal oder Eisenbahn. Eine Neuwahl ist vielmehr auf
fünf Jahre hinaus bestimmend für den Einfluß
des Agrariertums auf die wichtigsten wirtschafts- und
handelspolitischen Entschlüsse der preussischen Regierung, die
wiederum im deutschen Bundesrate maßgebend und führend
ist. Die Umgestaltung des allgemeinen Zolltarifs
wird sehr bald auf der Tagesordnung stehen, bald darauf die
etwaige Ermäßigung der Sätze des Generaltarifs durch neu
zu vereinbarende Handelsverträge. Das preussische Junker-
tum hat seit dem Caprivitums mehr und mehr gelernt, den
preussischen Landtag gegen die Reichspolitik anzuspitzen.
Soll man sich diese Landtagsmehrheit gerade vor den be-
deutendsten Kämpfen aus den Händen schlüpfen
lassen? Was die, den Handelsverträgen und einem
freieren Handel günstigen Industrie- und Handelskreise
mit verdoppelter Hoffnung erfüllt, vermehrt darum die Be-
sorgnisse der Feudalen. Und so scheinen sie sich unter allerlei
lärmenden Rückzugskanonaden darauf vorzubereiten,
einer nach dem anderen umzufallen, bis die
Regierung die nötige Kanalmehrheit beisammen hat. Die
Ueberflüssigen werden alsdann vor den Wählern die Unbeug-
samen weiter spielen. In der morgen, Donnerstag, beginnenden
zweiten Lesung wird vielleicht noch die Mehrheit unbeugsam
sein. Sie verlegt des besseren Eindruckes wegen ihren Tag
von Tamasus zwischen den zweiten und dritten Akt.

Sinter einer solchen Volksvertretung steht alsdann als
andere, ebenbürtige Kammer das Herrenhaus, von jeder
eine feste Burg des Landjunkerturns und doch auch wieder
eine lose Anhäufung von Flugland, der jeder Paarschub
seitens der Regierung eine andere Gestalt und Majorität geben
kann. Man rechnet, daß bei gewöhnlicher Präsenz das
Herrenhaus, gestützt auf den Kleinadel von Brandenburg,
Pommern und Schlesien, die Vorlage ablehnen werde. Man
rechnet indes weiter, daß so viele sonst Anwesende fehlen und
so viele sonst Fehlende — aus Hof- und Großadels-, sowie
aus Beamtenkreisen — da sein werden, daß auch das Herren-
haus keine Kraftprobe erst herausfordern wird!

Welch ein Zerrbild des parlamentarischen
Lebens, wie es nur Preußen-Deutschland mit seiner Ver-
fassung und seinem elenden Wahlsystem bieten kann!

Sollte die Regierung nicht alles schon erreichen, indem
sie mit der Peitsche der Auflösung droht, so wird sie mit dem
Zuckerbrot von Zugeständnissen die noch nötige Stimmenzahl
zu gewinnen wissen. Wir haben wiederholt dargelegt, daß
die schlesischen Stimmen fast ausnahmslos, auch soweit
sie aus industriellen Kreisen stammen, der Vorlage feindlich
waren. Der Absatz, den die schlesische Kohlen- und
Eisenerzeugung sich nach Westen, bis zum Havel-
und Elbegebiet errungen hat, sieht sich durch die
erleichterte Zufuhr aus den rheinisch-westfälischen Kon-
kurrenzbezirken nach der Elbe gefährdet. Die schlesische
Industrie verlangt zum mindesten ähnliche Transport-
erleichterungen, sei es nach den strittigen Abfallgebieten, sei
es über die Grenzen nach Oesterreich und Rußland. Anfangs
lehnte es die Regierung ab, sich auf solche „Kompensationen“
festlegen zu lassen. In der Kommission blieb sie „zwar im
Prinzip“ weiter auf diesem Standpunkt, weil sonst jede
Verkehrsvorlage mit Kompensationen für einzelne durch Absatz-
verchiebungen betroffene Kreise bepadt werden müßte. Aber
— fügte Herr v. Miquel als Meister des Wenn und Aber in
seiner Kommissionserklärung hinzu —

im vorliegenden Falle, wo zwei an verschiedenen Enden des
Staatsgebiets belegene Montanindustrie-Reviers hinsichtlich des
Abfahrs ihrer Produkte nach der Mitte in einem natürlichen
Konkurrenzverhältnis ständen, rechtfertigte es sich ausnahmsweise,
auf die Ausgleichung unbilliger Benachteiligungen des einen
Reviers staatsseitig Bedacht zu nehmen. Freilich sei es un-
ethisch, in das Gesetz selbst Bestimmungen über
etwaige Kompensationen aufzunehmen.

Was nicht in das Gesetz selber hinein darf, darf jedoch
als Resolution dem Gesetze angehängt werden, und so kommt
es im Augenblicke nur noch auf die Abfassung und Druck-
legung dieser Eckschraube an. Gelingt sie, nachdem eine von
nationalliberaler Seite in der Kommission versuchte Formu-
lierung unglücklich ausgefallen ist, so wird zum mindesten die
dritte Lesung wahrscheinlich zur vollen Zufriedenheit der Re-
gierung ausfallen.

Eigentlich bedauern wir das, obwohl wir den Rhein-
Elbe-Kanal stets in seiner Bedeutung anerkannt haben.
Denn einmal hat diese Regierung mit ihrer anfangs über-
aus zweideutigen Haltung das nicht verdient. Erst der
Druck von oben scheint sie zu größerer Energie aufgerüttelt
zu haben, weil sie nur noch die Wahl vor sich sah, sich zu
ernennen oder zu gehen. Wir bedauern es aber vor allem,
daß der agrarische Mangel nun noch jahrelang in alter Weise
weiterbestehen und für das jetzt anferlegte „patriotische Opfer“
später um so lauter nach neuen Vergünstigungen schreien wird.
Und dann wird diese Regierung sicherlich nicht mehr hart
und fest wie der Eisengraf von Wiesbaden bleiben.

Am Dienstagnachmittag fand im Schlosse unter dem Vorsitz des
Kaisers eine Sitzung des Kronrats statt. Wie in parlamentarischen
Kreisen verlautete, handelte es sich um die Feststellung der
Erklärung, welche am Donnerstag bei der Beratung der Kanal-
vorlage im Abgeordnetenhause abgegeben werden soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juni.

Der Reichstag

trat am Dienstag, nachdem die beiden ersten Punkte der
Tagesordnung: Gesetz betreffend Verwendung des Reichs-
Invalidenfonds und Hypothekendarlehen-Gesetz — ersteres fast
ohne Debatte, letzteres mit viel Debatte, wobei alle Redner
den Entwurf schlecht machten, jedoch mit „Resignation“
billigten — erledigt worden waren, in die dritte Lesung des
Invalidenversicherungs-Gesetzes ein. Man ge-
langte nicht über die Generaldebatte hinaus. Eine General-
debatte war es freilich nur insofern, als von den einzelnen
Rednern in einer und derselben Rede über die verschiedenen
Paragrapphen und Seiten der Gesetzesvorlage gesprochen ward.
Eine allgemeine principielle Rede hielt nur der Vertreter der
Socialdemokratie Mollenhuth. Wie sich aus der heutigen
Debatte ergibt, wird die Vorlage ganz oder fast unverändert
aus der dritten Lesung hervorgehen. Die Majoritätsparteien
haben sich verständigt. Seitens unseres Redners wurden die
vielerlei Mängel des Gesetzes hervorgehoben, jedoch auch
die Verbesserungen, welche es bietet, bereitwillig an-
erkannt, und — im Einklang mit der Fraktion — erklärt,
daß wir, falls die Majorität nicht Verschlechterung der Vor-
lage beschließt, für das Gesetz stimmen würden. Die Haupt-
einwände werden vom Redner noch übersichtlich zusammen-
gefaßt: das Ungenügende und das Unvollständige der Ver-
sicherung, die viele, Unfällen und Krankheiten besonders stark
ausgesetzte Berufe gar nicht umfaßt — die ungenügende
Beitreibung der Arbeiter in den Verwaltungskörpern
und das Vorherrschende bürokratischen Geistes — die Ver-
säumnis von Maßnahmen und Einrichtungen, welche die Krank-
heit und frühzeitige Invalidität verhüten sollen usw.
Einige alberne Bemerkungen der Gegner, die uns Lütgenau
an die Kockschöke heften wollten und die Manufaktur oder
Spaltung der Socialdemokratie nach bekannter Schablone ver-
ständigten, wurde von Mollenhuth nach Gebühr abgefertigt.
Kamentlich zeigte er aus der veränderten Lage und dem
veränderten Inhalt der beiden Gesetze, daß die Ablehnung des

ersten Invalidenversicherungs-Gesetzes mit der Annahme des
zweiten Invalidengesetzes durchaus nicht im Widerspruch steht.
Morgen Beginn der Spezialdebatte. —

Tran — schau — wem?

Die „Königliche Volkszeitung“, das führende
Blatt des rheinischen Links-Centrums, ist sehr be-
troffen, daß ihm und seiner Partei ob des Verhaltens zur
Zuchthausvorlage von vielen Seiten Mißtrauen ent-
gegengebracht wird. Das Blatt brüstet sich damit, daß auf
der anderen Seite auch die „Kreuzzeitung“ mit seiner dieser
Vorlage unfreundlichen Haltung nicht zufrieden sei; „die Un-
zufriedenheit der Extremen von links und rechts hat für ein
Organ der Centrumpartei immer etwas sehr Beruhigendes“.
Es scheint uns das ein schlechter Trost zu sein und ein
bedenkliches Inbegegnen, dessen die „Kön. Volksztg.“ sich
rühmt. Das Mißtrauen in die Festigkeit des Centrums
gegenüber den Zuchthausumutungen wird wahrlich nicht
geringer, wenn die „Kön. Volksztg.“ es schon für ein großes
hält, noch nicht in trauester Einigkeit mit der „Kreuzzeitung“,
der eifrigen Hasserin des Koalitionsrechts der Arbeiter, zu
wandeln.

Auch in Militärfragen, als ihre parlamentarische
Behandlung begann, hatte das Centrum nicht den Beifall
der Konservativen. Als die Beratungen beendet waren,
mußten Konservative sowie Regierung dem Centrum ihre
ungeteilte Anerkennung zollen. Die Konservativen hoffen zu-
berichtlich, daß sie dem Centrum auch in der Zuchthaus-
Besetzung Dank abtatten dürfen. Die jegliche Latit der
„K. V.“ jedenfalls läßt solche Hoffnungen nicht ganz un-
berechtigt erscheinen.

Das Centrumsblatt sagt: Wie kann man uns mißtrauen,
da wir zuvor das jetzt ungenügend geschützte Koalitionsrecht
völlig sicher stellen und dann erst in die „Erörterung über Be-
stimmungen gegen den Mißbrauch dieses Rechts“ eintreten
wollen! Die Sicherung des Koalitionsrechts soll aber durch jene
Centrumsanträge erzielt werden, welche die Rechtsfähigkeit
der Berufsvereine und die Einführung von Arbeiterkammern
fordern. Wäre die Regierung bereit, auf diesem Gebiete
entgegenzukommen, so würde, nach der „K. V.“, das Centrum
auch über den „Mißbrauch“ mit sich reden lassen.

Nun mag es wohl sein, daß die Regierung einer solchen
Sicherung des Koalitionsrechts in vollen Maße nicht zustimmen
werde und daß so das Centrum nicht über die an ihn gestellte
Vorfrage hinausgelangt. Aber die Regierung könnte es mit Schein-
konzeptionen versuchen, und für solchen Handel wäre das
Centrum all seinen Thaten nach wohl geneigt. Was ist aber
überhaupt ein völlig gesichertes Koalitionsrecht? Auch die
Regierung beteuert ohne Unterlaß, daß ihre Vorlage das
Koalitionsrecht selbst gesichert erhalte und nur die Aus-
wüchse treffe.

Was bedeutet das Koalitionsrecht, auch wenn es in die
Form der Rechtsfähigkeit gekleidet wird, solange es nur
auf dem Papier steht und jeder Gebrauch desselben
als „Mißbrauch“ strafbar gemacht wird?

Die „Kön. Volksztg.“ hat nicht den geringsten Anlaß,
über ungerechtfertigtes Mißtrauen zu klagen. Ihr Verhalten
zur Zuchthausvorlage ist voller Unklarheit und Unentschlossen-
heit. Sie tanzt zwischen Wenn und Aber und lotet mit
rechts und mit links. Wem wird sie schließlich in die
Arme fallen? —

Zuchthausmaterial.

Der Eislerstreik in Burg bei Magdeburg, der
seit bereits 10 Wochen mit größter Hartnäckigkeit geführt wird,
da an dem Widerstande der Meister alle bisherigen Einigungsversuche
gescheitert sind, liefert einen klaffenden Beweis dafür, wie straf-
würdige Streikvergehen gemacht werden, die dann als Beweis für
den Terrorismus der Streikenden und als Material für Zuchthaus-
vorlagen dienen müssen. Wessen sich die Streikenden zu verleben
haben würden, ersieht man aus folgendem, vor Beginn des Streiks
erlassenen polizeilichen Warnungsruf:

Bekanntmachung.

Da der Ausbruch eines Streiks in hiesiger Stadt nicht un-
möglich ist, so machen wir darauf aufmerksam, daß nach den er-
gangenen Erkenntnissen höherer Gerichtsbehörden das sogenannte
Streikpostenstehen als eine Uebertretung des § 300 Nr. 11 des
Reichs-Strafgesetzbuchs anzusehen und zu ahnden ist. Um Ver-
strafungen nach dieser Richtung hin zu vermeiden, warnen wir
hiermit die Beteiligten vor dem vorgedachten Streikpostenstehen.
Burg, den 30. März 1899.

Die Polizei-Verwaltung.

Daß Streikpostenstehen an sich grober Unfug sei, hat noch kein
oberes Gericht entschieden; wo es dennoch zu Verstrafungen kam, da
waren immer besondere Umstände dabei, auf Grund deren das
Postenstehen im einzelnen Falle als grober Unfug charakterisiert
wurde.

Was man nach dieser Bekanntmachung erwarten durfte, ist ein-
getreten: 34 Strafmandate wegen groben Unfuges, begangen durch
Postenstehen, sind bereits erlassen worden. Besonders heftig beleuchtet
wird die Rechtsgleichheit durch den Umstand, daß die Meister
ebenfalls auf dem Bahnhofs Posten ausstellen, um die Streik-
enden zu überwachen. Das erscheint natürlich der Polizei nicht
als grober Unfug und kein Strafmandat trifft diese Unter-
nehmer; es scheint ihr ganz in der Ordnung, daß zwar die Unter-
nehmer ihre Interessen mit allen Mitteln wahrnehmen dürfen, nicht
aber die Arbeiter. Wenn Unternehmer die Arbeiter überwachen, so
ist das ihr gutes Recht, wenn Arbeiter die Unternehmer überwachen,
so ist das Material für eine Zuchthausvorlage.

Noch mehr Zuchthausmaterial.

In Geestmünde befinden sich die Baumunternehmer in großer Not, weil sie partout keine Streifbretter finden. Schon mehrfach mußten sie die betrübende Erfahrung machen, daß fremde, z. B. italienische Maurer, die sie unter falschen Vorspiegelungen hingelockt hatten, die Arbeit verweigerten, sobald sie kamen und sahen, daß sie als Streifbretter mißbraucht werden sollten. Auch einige schlesische Maurer hatten sie unter Verheimlichung des Streifs verlockt, hinzukommen. Am Freitag wollten 12 von diesen wieder abreisen, sie wurden aber von dem am Bahnhofe postierten Unternehmern mit Hilfe der Polizei daran verhindert.

Die Maurer, die sich durchaus nicht in ihrer freien Entfaltung behindern und sich nicht als Streifbretter mißbrauchen lassen wollten, fuhren um vier Ugen nach der Nachbarstation Vorstedt, um von dort aus mit der Bahn abzureisen. Hier wurden sie von den anwesenden Schutzleuten verhaftet, weil sie sich des Kontraktbruches schuldig gemacht hätten. Folglich — brauchen wir ein Zuchthausgesetz zum Schutze gegen den Terrorismus der Streifbretter! —

Deutsches Reich.

In der Bremischen Bürgerschaft (Parlament) haben die beiden sozialdemokratischen Mitglieder folgende zwei dringliche Anträge unter ansehnlicher Motivierung eingebracht:

1. Die Bürgerschaft erklärt, daß sie mit der Zustimmung, die der bremische Bundesratsbevollmächtigte der Einbringung des Gesetzesentwurfs zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses erteilt hat, nicht einverstanden ist.

2. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, dem bremischen Bundesratsbevollmächtigten dahin zu instruieren, daß er hinfort gegen jede Gesetzesformulierung, die in ihren Folgen die Ausübung des Koalitionsrechts erschwert, einzutreten hat.

Die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ erklärt sich freudig für den Zuchthaus-Schutz der Arbeitswilligen, da der Terrorismus der Streifbretter unerträglich geworden sei. Die „Volkstimme“ in Magdeburg weist die Nothwendigkeit des Unternehmens zurück, indem sie an den allerperfidiossten Terrorismus innerhalb seiner eigenen vier Wände erinnert:

„Daß die „Magdeburgische Zeitung“ über Terrorismus schreibt, finden wir sonderbar. Keiner ihrer Arbeiter darf den bestehenden Verbänden angehören, niemand wagt sich an politischen Versammlungen zu beteiligen, die Zeitungen linksstehender Parteien zu lesen und zu unterstützen, an den Stadtverordnetenwahlen hat sich auch nicht ein Arbeiter beteiligen können — aus Furcht vor Maßregelung und Entlassung. Wer in dieser Weise den Terrorismus anstößt, wer die Freiheit und Selbstständigkeit seiner Arbeiter in dieser Weise in Gefahr setzt, der im Hause“ aufspielt, der sollte sich füglich hüten, den Mund allzuweit aufzutun.“

Als Baden schreibt man uns: Zuchthausgesetz zu sagen, geht in badischen Lande nicht an. Die Amtmänner des Herrn Offenlohr wünschen eine euphemistische Benennung des Entwurfes. Mit der gültigen Erklärung der Kaiserlicher Staatspolizei, welche daß nun die Bekannmachung zu der auf Mittwochabend in die Festhalle einberufenen Volksversammlung lauten: „Protokollanhangung gegen das Strafgesetz mit dem Zuchthausparagrafen.“ Auch bei diesem Ausschlagbild wird die badische Regierung das unerläßliche Kapitel mit ihrem Legi geleien bekommen.

Nationalliberale. Die nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses hielten am Sonntag eine gemeinschaftliche Sitzung ab, um den Bericht des Centralvorstandes entgegenzunehmen und Organisationsfragen zu besprechen. Hierüber sagt ein Bericht der „Nat. Ztg.“:

Mit besonderem Interesse wurde von den Mittheilungen des Berichters aus Köln, Prof. Moldenhauer, über die dortige Organisation der nationalliberalen Jugend Kenntnis genommen. Die mit Erfolg von der Zeitung der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz in Angriff genommen ist. Gleich erprießlich hat sich, wie Abg. Wasserhagen berichtet, ein Verein bewährt, der in Mannheim alle Bevölkerungskreise zusammenführt. Nach Erörterung dieser Dinge wurde beschlossen, allgemein im Lande den Parteifreunden zu empfehlen, daß sie aus den Vorbildern von Köln und Mannheim die Anregung entnehmen, um in derselben geeigneter Weise die Heranziehung der Jugend zur Mitarbeit an den Aufgaben der Partei zu sichern.

Wie haben nicht dawider, wenn die Herren Nationalliberalen den Versuch machen, die Jugend für ihre Partei zu interessieren. Merkwürdig ist nur, daß die Presse dieser Partei oft in abweichende Bemerkungen verfällt, wenn sich irgendwo junge Leute an den Besprechungen der Socialdemokratie beteiligen. Und noch merkwürdiger ist es, daß die Nationalliberalen des preussischen Landtags bei Beratung der „lex Rebe“ den Ausschluß von Minderjährigen aus politischen Versammlungen als eine dringende Nothwendigkeit beantragten; in Sachen ist ja durch nationalliberale Hilfe eine derartige Bestimmung sogar Gesetz geworden.

Sollten die Nationalliberalen ihre frühere Ansicht aufgegeben haben? Oder nehmen sie die Befassung der jungen Leute mit politischen Fragen nur für ihre Partei in Anspruch, während anderen Parteien daselbe verweigert werden soll? —

Recht schlechte Erfahrungen müssen vielfach mit den berühmten ausländischen Arbeitern gemacht worden sein, die zur Behebung des „ländlichen Arbeitermangels“ in Deutschland importiert werden. So lesen wir in einer Bekanntmachung des Herzoglichen Landrats in Sachsen-Weinungen:

„Im Hinblick auf die durch die Einführung solcher Arbeiter erfahrungsgemäß zu besorgenden Gefahren wird hiermit folgendes zur strengsten Nachsicht angeordnet: Jeder Arbeitgeber, welcher ausländische Arbeiter in einem Ort des hiesigen Kreises einzuführen beabsichtigt, hat vor der Einführung um Genehmigung hierzu bei mir nachzusuchen. Ist die Genehmigung erteilt, so haben Arbeit- und Wohnungsgewerber beim Eintreffen der ausländischen Arbeiter sofort Anzeige an den Gemeindevorstand zu machen, wobei nicht nur die Legitimationspapiere vorzulegen sind — nützliche Arbeiter unterliegen der Fahndung —, sondern auch von deutschen Ärzten ausgestellte Zeugnisse, daß die eingeführten Arbeiter frei von ansteckenden Krankheiten sind. Sobald der Verdacht einer ansteckenden Krankheit unter den eingeführten ausländischen Arbeitern rege wird, ist sofort Anzeige an den Gemeindevorstand zu machen, welcher dieselbe umgehend hierher weiter zu geben hat. Eine Verletzung dieser Vorschriften zieht nicht nur eine Bestrafung der Arbeit- und Wohnungsgewerber nach sich, sondern es wird auch die Ausweisung der eingeführten ausländischen Arbeiter veranlaßt werden.“

Troy der scheinbar gemachten üblen Erfahrungen ist aber von der preussischen Regierung verfügt worden, daß bei Eisenbahnbauten und dergleichen ausländische Arbeiter beschäftigt werden sollen, um den deutschen Agrariern nicht ihre als leibigen betrachteten Arbeiter zu nehmen.

Zur Nachwahl im achten sächsischen Reichstags-Wahlkreis. Die Kasserung der Wahl des Antisemiten Pöge ist den gesamten Ordnungsbürgern so unangenehm wie nur irgend etwas. Wenn man sich nun wohl oder übel mit der Thatsache abfinden muß, so verdient doch die Art und Weise, wie sich die Gesellschaft zu rächen sucht, tiefer gehängt zu werden. In einem Artikel des „Völnaer Anzeiger“, der die Angelegenheit behandelt, werden nämlich die

Namen derjenigen Arbeiter veröffentlicht, die den Wahlkreis unterzeichnet bzw. die darin angeführten Thatsachen mit ihren Namen gedeckt haben. Der Zweck dieser niederträchtigen Demagogie ist ohne weiteres ersichtlich. Man bekommt da schon einen kleinen Vorgeschmack, mit welchen Mitteln auf jener Seite im bevorstehenden Wahlkampf operiert werden wird. —

Breslauer Landtagswahl.

Unser Parteiorgan in Breslau, die „Volkswacht“ erklärt zu den im Abgeordnetenhause gefallenen Beschlüssen, daß die socialdemokratischen Wahlmänner zum Entgelte für ihre Abstimmung bezahlt worden seien, folgendes:

Die socialdemokratischen Wahlmänner haben in einer schon vier Tage vor dem Wahltag stattgehabten, polizeilich überwachten Zusammenkunft selbst beschloffen — nachdem vorher mit übergroßer Mehrheit die einstimmige Wahl der freisinnigen Kandidaten beschlossen war — jedem Wahlmann fünf Mark zur Erstattung von Auslagen aus der eigenen Wahlklasse zu zahlen. Diese Summe ist einzelnen Wahlmännern dann bei der Wahl des dritten Abgeordneten gezahlt (Infolge der Unersahenheit des damit Beauftragten leider im Wahllokal selbst), anderen, die nicht in der Lage waren, die Ausgaben für Bezahlung zunächst aus ihren Mitteln zu machen, schon längst vorher. Auch diejenigen Wahlmänner, deren Wahl für ungültig erklärt wurde, und die insolge dessen um die Mittagzeit das Wahllokal verlassen mußten, haben einen entsprechenden Ertrag ihrer Auslagen empfangen, obwohl sie ja für die Wahl gar nicht in Betracht kamen. Dies alles, sowie die Thatsache, daß alle Wahlmänner — mit einer nicht socialdemokratischen Ausnahme — genau mit der Partei stimmten, für die sie gewählt waren, läßt die Verdächtigung, man habe Wahlmänner dafür bezahlt, daß sie für bestimmte Kandidaten votierten, in ihrer ganzen Gallosigkeit erscheinen.

Damit ist die Angelegenheit vollständig geklärt und von irgend welcher Ungeheuerlichkeit oder gar Immoralität ist nicht im mindesten die Rede, wie wir sofort bestimmt annehmen, als der konservativ-ultramontane Verdächtigungs-Feldzug anhub. Und die „Volkswacht“ giebt den Verdächtigen die richtige Antwort, indem sie sagt:

„Mag man übrigens immerhin die Wahl der Breslauer Landtags-Abgeordneten für ungültig erklären — verrechnen werden die Herren sich doch, wenn sie glauben, damit irgend einen Vorteil für ihre Parteien herauszuschlagen. Der noble Streich wird gewiß nicht gelingen. Die drei freisinnigen Abgeordneten werden wiedergewählt, darauf können die Herren Reaktionäre sich verlassen. Dafür sorgen die Socialdemokraten — schon als einzig gebührende Antwort auf die schändlichen Verdächtigungen, mit denen von jener Seite die Wahlmänner der Socialdemokratie überschüttet werden!“ —

Zum Jahrestag der 1849er Reichsverfassungskämpfer zu Kirchheimbolanden

und, wie uns von dort geschrieben wird, am Sonntag eine Erinnerungsfestung statt. Die alten Freiheitskämpfer, zum Theil mit ihren Familienangehörigen, waren in großer Anzahl aus allen Gegenden der Pfalz, aus Rheinhessen und aus Baden herbeigekommen. Unter den schriftlichen Kundgebungen alter Freiheitskämpfer aus der Ferne waren auch solche aus Amerika eingetroffen. In den der offiziellen Feier vorausgegangenen Stunden schilderten greise Männer ihre Erlebnisse aus jener großen Zeit, wie namentlich die preussischen Truppen — Führer war bekanntlich der damalige Prinz Wilhelm von Preußen — mit den ihnen in die Hände gefallenen Freischärlern umgingen. Den hierbei Gefallenen wurde im Friedhof zu Kirchheimbolanden ein kunstvolles Denkmal gewidmet, dessen Herstellung vorzugsweise der Unterstützung und Freigebigkeit der Wälnzer Bürgerschaft zu verdanken ist, und das am 16. Juni 1872 enthüllt wurde. Dieses Denkmal zeigt eine trauernde Germania, welche Schmerz erfüllt klagt über ihre gefallenen Söhne und ihnen den Ehrenkranz darreicht. Die Vorderseite des Sockels trägt die Widmung: „Den Kämpfern für die deutsche Reichsverfassung, Gefallen am 14. Juni 1849“. Die Rückseite führt die Namen der 17 Gefallenen auf. In diesem Denkmal wurden heute von Deputationen — auch socialdemokratischen — prächtige Kränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen niedergelegt. Um 12 Uhr bewegte sich ein stattlicher Zug, dem sich auch viele Frauen angeschlossen hatten, nach dem Friedhof. Die Gedächtnisrede hielt Herr Professor Quide aus München, der in schmerzvollen, von begeisterten Kundgebungen oftmals unterbrochenen Worten den Gefallenen gedachte, die Ereignisse jener Zeit schilderte, Vergleiche zwischen den damaligen Forderungen und den heutigen „Rechten“ und „Freiheiten“ des deutschen Volkes anstellte — die freilich nicht zu Gunsten der letzteren ausfielen — und schließlich an die Anwesenden appellierte, unentwegt einzutreten für die Rechte und Freiheiten des Volkes — dies ist die schönste Erinnerung an die Gefallenen. Nachmittags fand ein Bankett statt. —

Friedenskonferenz. Die „Köln. Ztg.“ schreibt offiziell: Das „Neuerliche Bureau“ verbreitete aus Washington die Nachricht, die deutsche Regierung verhalte sich auf der Haager Konferenz gegenüber den Anträgen auf Einsetzung eines händigen Schiedsgerichtshofes unbedingt ablehnend. Nach dem dort und eingelegten Erklärungen ist diese Nachricht unbegründet und zählt zu denjenigen Ausstellungen, die es der deutschen Regierung nahe gelegt haben, den Antrag auf alle baldige regelmäßige Veröffentlichung der amtlichen Sitzungsprotokolle einzubringen, um dadurch die Verbreitung derartiger falscher Redungen dauernd unmöglich zu machen. Deutschland steht zunächst darauf auf dem Boden des Artikels 8 des von der Konferenzberatungen zu Grunde gelegten russischen Arbeitsprogramms, welches die Einsetzung von Schiedsgerichten von Fall zu Fall regelt. Daraus her hinaus beantragten England sowie andere Staaten die Einsetzung eines händigen Schiedsgerichtshofes in verbindlicher Form. Die deutschen Vertreter haben diese Anträge entgegengenommen und geprüft, aber allerdings kein Wohl daraus gemacht, daß diese weitergehenden Anträge auf einem schweren Fehler litten, dessen Begründung erforderlich sei, bevor den Anträgen zugestimmt werden könne. Dieser Fehler besteht darin, daß in den Anträgen keine Bestimmungen vorgegeben sind, welche eine unbedingte Apatheiligkeit des Schiedsgerichtshofes den streitenden Staaten gegenüber gewährleisten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Neue Proteste der Arbeiter.

Aus Wien wird vom Montagabend telegraphisch berichtet: Heute Abend wurden eine Anzahl socialdemokratischer Protestversammlungen gegen die vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Wahlreformen abgehalten. Nach Schluß derselben kam es in einigen Bezirken auf der Straße zu heftigen Reibungen zwischen Arbeitern und der Polizei, wobei einige Verhaftungen vorgenommen wurden. —

Italien.

Rom, 10. Juni. Die Erbitterung über die Engbergigkeit und den kleinlich reaktionären Geist der „Annestie“ wächst immer mehr. Und zwei Vorgänge sind noch besonders geeignet, die Aufregung zu erhalten und zu steigern. Zunächst der Prozeß gegen den Abgeordneten Testa, der sich, nachdem er vom Kriegsgericht zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, vorige Woche den Behörden gestellt hat und nun am 27. d. M. in Florenz vor den Gerichtshofen erscheinen wird. Der Regierung ist das ängstlich fatal, denn nun werden vor einem aufmerksamen und kritischen Publikum die Ereignisse verhandelt werden, welche zum Bürgerkrieg und zum militärischen Schreckensregiment geführt haben. Jene Ornel und jene Orgien der brutalen Gewalt-polizei, die in der ersten Betäubung laun beachtet

wurden, werden jetzt erst der Masse des Volks zum vollen Bewußtsein kommen, und die Regierung, nicht der Angeklagte, wird auf der Anklagebank sitzen.

Der zweite Vorgang sind die Erfahrungswahlen an stelle Turatis, Ghiesi und der anderen „begnadigten“ Deputierten und die ebenfalls nahe bevorstehenden Gemeindevahlen in ganz Italien. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ihres Mandats beraubten Abgeordneten wiedergewählt werden und daß bei den Gemeindevahlen die oppositionelle Stimmung des Volks zu kräftigem Ausdruck gelangen wird. Der Regierung wird es nicht gelingen, den Sturm zu beschwigen. Und ihm zu trotzen ist sie nicht stark genug. —

Rom, 13. Juni. Deputiertenkammer. Vor Beginn der Sitzung wurde dem neugewählten radikalen Abgeordneten von Mailand, Ruffi, von der äußersten Linken eine Ovation bereitet. Der Präsident fordert dann auf, mit der Obstruktion ein Ende zu machen und sagt hierzu, er glaube mit dieser Aufforderung eine Pflicht zu erfüllen. Wenn man seiner Bitte kein Gehör schenke, werde das Land darüber urtheilen, wer die Verantwortlichkeit zu tragen habe. (Lärm und Widerspruch auf der äußersten Linken, lebhafter Weisfall auf den übrigen Banken.) Ministerpräsident Pellouz hebt hierauf hervor, daß nach so vielen Sitzungstagen noch nicht ein Artikel der Vorlage über die politischen Maßnahmen angenommen worden sei. (Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Pellouz verlangt schließlich, daß der Entwurf betreffend das provisorische Budget, auf die morgige Tagesordnung gesetzt werde. Nachdem die äußerste Linke Einspruch erhoben und namentliche Abstimmung über den Antrag Pellouz verlangt hatte, wird dieser Antrag mit 272 gegen 52 Stimmen angenommen.

Frankreich.

Die Verhaftung eines italienischen Generals auf französischen Boden wird aus Nizza gemeldet:

Die Verhaftung des italienischen General Giletta de Saint-Joseph. Derselbe wurde gestern nicht weit von der italienischen Grenze in dem Augenblick festgenommen, als er, nach der offiziellen Meldung, die französischen Befestigungswerke besichtigte; er trug mehrere Pläne von französischen Festungswerken bei sich. Der General, welcher eine Villa im Departement Alpes Maritimes besitzt, war seit einiger Zeit Gegenstand sorgfältiger Ueberwachung. Er vermehrt sich dagegen, Espionage getrieben zu haben, und erklärt, er habe als Tourist Ausflüge gemacht, und die Pläne, welche in seinem Besitz seien, enthielten durchaus keine Geheimnisse. —

England.

Englische Freihändler. London, 13. Juni. Die Londoner Handelskammer nahm gestern mit allen gegen drei Stimmen einen Beschlus an, der die Regierung auffordert, mit jenen Mächten, die sich zur Abschaffung der Zollerprämiengeneigt erklärt hätten, einen Vertrag abzuschließen, der eine Strafbestimmung gegen die Einfuhr von Prämiengüter in das Gebiet der Vertragsstaaten enthalten solle. —

Spanien.

Zum Karolinentauf. Madrid, 12. Juni. Der Senat wählte die Kommission zur Vorbereitung des Vertrags betreffend die Abtretung der Südsibirien. Der Kommission gehören fünf Ministerielle und zwei Liberale an, doch scheinen sämtliche Mitglieder für die Abtretung zu sein. Schwierigkeiten wird das Abkommen mit Deutschland vielleicht in der Deputiertenkammer machen. —

Die Bewegung für die Revision des Prozeßes in Montjuich nimmt immer größere Dimensionen an. In mehreren Städten, vornehmlich in Coruna und Pontevedra, haben große öffentliche Versammlungen stattgefunden, in denen die Revision des Prozeßes und die Bestrafung der Anordner der Folterungen gefordert wurde. Auch die händige Kommission zur Vorbereitung der Wiederaufnahme des Prozeßes, die sich in Barcelona gebildet hat, geht jetzt energischer vor. Sie hat einen Aufruf an die Presse, Vereine und Einwohner von Barcelona erlassen, in dem sie zur Agitation für die Revision und zu Gesandtschaften auffordert. Das fromme silbesche Cabinet hilft sich vorläufig noch immer damit, daß es die Wichtigkeit der von dem Blatt „Vida Nueva“ (Neues Leben) gebrachten Enthüllungen über die in Montjuich im Namen der Religion und staatlichen Ordnung begangenen Grausamkeiten anzeigt.

Bulgarien.

Sofia, 13. Juni. In der Sobranie geht es sehr lebhaft zu. Sie beschäftigt sich zunächst hauptsächlich mit Wahlprüfungen, und da die Regierungspartei diese demüht, um die Mandate der Opposition zu kassieren, so geht es heftige Debatten. Nach einem Telegramm vom heutigen Tag treibt die Opposition „Obstruktion“. Vermuthlich weil man sie vergeblich will.

Afrika.

Die Vorschläge des Präsidenten Krüger betreffend das Stimmrecht sind dem Vollsraad der Südafrikanischen Republik in Geseheform zugegangen. In den Motiven wird die dringende Nothwendigkeit einer Abänderung der gegenwärtigen Bedingungen für die Erlangung des vollen Stimmrechts hervorgehoben. Der Gesetzesentwurf weicht von den Bloemfonteinern Vorschlägen darin ab, daß er den Mindestbetrag des Einkommens, welcher für Erlangung des Stimmrechts gefordert wird, auf 100 Lfr. statt auf 200 Lfr. festsetzt, und daß die Verzichtsanfechtung bei der Ablegung des Unterthaneneides gestrichelt ist. Außerdem enthält der Entwurf noch einige andere kleine Zugeständnisse.

Ueber die Frage der Entschädigung für den Einfall Jambons ist in London ein Blaubuch veröffentlicht worden. In einem am 6. März datierten Schreiben an die Chartered Company drückt Chamberlain die Ansicht aus, daß die Entschädigungsforderungen für moralische und intellektuelle Schädigungen und Kosten nicht ausrechen erhalten werden könnten. In ihrer Antwort vom 10. Mai wiederholt die Chartered Company ihren Vorschlag, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, der sich jedoch nur auf die materiellen Schädigungen beschränkt und die in Verbindung mit den Unruhen in Johannesburg entstandenen Verluste ausschließt. In einer Depesche an Chamberlain vom 13. Mai sagt Chamberlain, er halte den Vorschlag der Chartered Company für ehrlich und vernünftig. Er sei erfreut zu hören, daß die Südafrikanische Republik gewillt sei, den Vorschlag anzunehmen.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages stellte zunächst die Berichte über die Wahlen der Abgeordneten v. Nischoren (A. Breslau), v. Passow (2. Königsberg) fest und prüfte dann die Wahl des Abgeordneten v. Kardorff (3. Breslau). Der bekannte Schwärmer für Doppelwählung ist nur mit 2 Stimmen Mehrheit gewählt. Die Wahl wurde beanstandet und sollen Erhebungen darüber stattfinden, ob in einer Anzahl Wahlbezirke die Bekanntmachungen für die Wahl in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise stattgefunden haben, was von den Protestherbern bestritten wird.

Die Wahl des Abg. Brodzel, Volkspartei (V. Württemberg) ist angefochten, da derselbe nur durch Los-Entscheid in die Stichwahl mit dem nationalliberalen Gegner kam. Im Protest wird behauptet, daß der beim Losen ausgefallene socialdemokratische Kandidat mehr Stimmen als Brodzel erhalten habe, und daß wenn von diesen Stimmen nicht mehrere zu unrecht kassiert worden wären, Brodzel überhaupt nicht, sondern der Socialdemokrat in die Stichwahl gekommen wäre. Die Nachprüfung der Wählerlisten ergab die Richtigkeit dieser Angaben. Es wurden von den ungültig erklärten Stimmzetteln für den Socialdemokraten 8, für Brodzel 4 und für den Nationalliberalen 3 Stimmen als zu unrecht kassiert befunden. Nach Zuzählung dieser Stimmen ergibt sich, daß Brodzel zu unrecht in die Stichwahl gekommen ist, und beantragt die Kommission die Wahl für ungültig zu erklären. —

Die Ministerkrisis in Frankreich

ist noch nicht beendet, trotzdem der Präsident Loubet in der am Donnerstagvormittag stattgehabten Besprechung mit den Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer den Wunsch aussprach, die Krisis schnell gelöst zu sehen.

Was das neu zu bildende Kabinett anbelangt, so verkündet Loubet werde Poincaré zu sich berufen, um ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts zu betrauen. Wie berichtet wird, dürfte Poincaré dieses Anerbieten annehmen. Man spricht bereits von der Verteilung der Portefeuilles in folgender Weise: Poincaré Präsidium und Unterricht, Delcassé Inneres, Bourgeois-Außen, Krantz Krieg, Roubier oder Delombre Finanzen, Waldeck-Rousseau oder Ronis Justiz, Lanessan Handel, Sarrien öffentliche Arbeiten, Senator Jean Dupuy Ackerbau und Guillaumin Kolonien.

Nach einer anderen Version habe Waldeck-Rousseau die meiste Aussicht, zum Kabinettchef berufen zu werden. Der „Voss. Ztg.“ wird über seine Aussichten telegraphiert: Er ist geneigt, doch sehr, und da die Republikaner heute nur ein politisches Programm haben, nämlich Verteidigung der Republik, so werden auch die Radikalen und selbst die Sozialisten ihn vorbehaltlos unterstützen. Doch er Delcassé behalten wird, sieht fest. Mit Dupuy werden Ledet, Rodroz und Viger sicher verschwinden. Wenn man als künftige Minister auch Trarieux, Roubier und Sarrien nennt, so ist dies zur Zeit noch eine willkürliche Annahme. Poincarés Eintritt ins Kabinett ist dagegen wahrscheinlich. — „Eidelle“ schreibt, es werde eine Leichtigkeit sein, im Parlament elf Minister zu finden, welche sich über folgendes Programm einig seien: loyale Durchführung des Urteils des Kassationshofes, energische Maßnahmen gegen die in der Dreyfus-Angelegenheit bloßgestellten Persönlichkeiten und Maßnahmen, durch welche den Verwirrungen aller Richtungen geendet werde, daß Republik nicht Anarchie sei.

Auf wen die Wahl zum Ministerpräsidenten aber auch treffen und wie die Zusammensetzung des Kabinetts auch ausfallen möge, sicher ist jedenfalls, daß nur ein der Republik aufrichtig ergebenes Ministerium Aussicht hat, vor der Majorität der Kammer und des Senats zu bestehen. Denn abgesehen von einem kleinen Teil der Nationalisten, waren es die freiwilligen Elemente der Deputiertenkammer, vor allem die Sozialisten und Radikalen, die das alte, unzuverlässige Ministerium Dupuy gestürzt haben.

Dupuy hatte die seltene Fähigkeit bewiesen, es nach und nach mit allen Parteien zu vertragen und von allen Seiten mit misstrauischen Augen betrachtet zu werden. Besonders seine zweiseitige Haltung in der Revisionfrage hatte ihn nach links und rechts verdächtig gemacht. Er war durch Felix Faure berufen worden, um die von Brisson eingeleitete Revisionbewegung zu unterstützen. Er ging auch mit Empfindlichkeit aus Werk, drückte das bekannte Ausnahmegesetz durch, das die Dreyfus-Angelegenheit der bereits damit besetzten Kammer des Kassationshofes entziff. Und erst, als die mächtige Bewegung für die Gerechtigkeit immer höher anschwellte, als dann der ganze Kassationshof seinen Spruch fällte, schlug er um. Herr Dupuy versuchte es nun, sich auf den unerklärlichen für die Gerechtigkeit eintretenden Republikaner heraus zu spielen. Aber niemand traute ihm recht, und die von ihm ergriffenen Maßnahmen rechtfertigten das Mißtrauen nur zu sehr. Wenn er auch die Revision nicht mehr unterstützen konnte, so suchte er doch mindestens die entlarvte Fälscherbande der Reinefs zu entziffern. Nun hat er den Todesstoß empfangen für sein zweifelhaftes Verhalten beim Nennen in Auteuil, wo er den Präsidenten ohne Schutz ließ — trotzdem er von den monarchistischen Anschlägen unterrichtet war — und für den letzten Sonntag, wo er die Straßen mit einem Armeekorps überdeckte — welches Massenangebot nur gegen die manifestierenden Republikaner gerichtet sein konnte.

Der Sturz des Kabinetts Dupuy hat denn auch in Paris überall befreit. „Figaro“ schreibt, das Kabinett hätte heute fallen müssen, wenn es nicht gefestigt gewesen wäre, denn es konnte einer Koalition, wie sie gegenwärtig die beiden Kammergruppen ergaben, nicht länger widerstehen. Der Sturztag gegen Loubet sei der Todesstreich für Dupuy gewesen. — „Matin“ sagt, Dupuy habe zu geschicht erscheinen wollen, indem er es beständig mit beiden Parteien zu halten suchte. — Vidiani spricht in der „Petite République“ seine Freude über den Sturz des Kabinetts aus, welcher den republikanischen Sieg vom Sonntag vervollständigt. Dieser Sieg sei das Werk der Sozialisten.

Wir fügen hier noch einen Brief unseres Pariser Korrespondenten an, der vor der für Dupuy verhängnisvollen Kammerverhandlung geschrieben wurde, aber die verdächtigsten Maßnahmen der Regierung vom vorigen Sonntag beleuchtet, die den letzten Anlaß zum Sturze gebildet haben.

Paris, 12. Juni.

Das polizeilich-militärisch-gerichtliche Aufgebot, welches an einen Belagerungszustand erinnert, bildete die einzige Schatten- seite des gefrigen Tages, die von Dupuy gewollte Schatten- seite. Der Regierungschef bleibt unverwundbar, trotz aller Variationen der vereinigten republikanischen Parteien. Am morgigen Sonntag, angesichts des öffentlich bekannten royalistischen Planes hatte Dupuy nicht einmal für den Schutz der Präsidententribüne gesorgt. Jetzt, wo es sicher war, daß das ganze Pariser Volk für die Republik und ihren Präsidenten manifestieren wird, hat Dupuy alles getan, um die republikanischen Manifestanten einzuschüchtern und herauszufordern. Dank der bewundernswerten Disziplin der Masse ist ihm das nicht gelungen, aber er hat doch durch seine übertriebenen Vorsichtsmaßnahmen den Generalstäben den gewöhnlichen Vorwand geliefert, in alle Welt hinauszuflühen, der Präsident Loubet dürfe sich nur noch unter dem Schutz einer ganzen Armee öffentlich zeigen. Man denke: 8000 Polizisten und 20 000 Mann Infanterie und Kavallerie zum „Schutz“ Loubets gegen eine so kleinen Günstigen veranstaltete Volkskundgebung! ... Der stumpfsinnige Minister-Präsident hat einfach dem Präsidenten der Republik einen Schabernack gespielt, indem er ihm einen „Schutz“ organisierte, wie ihn selbst der russische Zar nur auf Eisenbahnrreisen nötig hat. Man braucht nicht erst die Versicherung des „Figaro“ zu lesen, um zu wissen, daß Loubet sich energisch — aber vergeblich — gegen Dupuy's Mache gewehrt hat.

Unter diesem Gesichtspunkte hat der gefrige Tag, trotz seines friedlichen Verlaufs, die Stellung des Kabinetts keineswegs befestigt. Dazu kommen die entsetzlichen Brutalitäten der Polizei am Abend nach der Kundgebung, schon auf den Straßen von Paris.

Namentlich die Polizeibrigaden des zweiten und neunten Stadtbezirks, die schon zur Zeit des Boulangerismus ihre anti-republikanische Gesinnung offen betätigten, haben an den Sozialisten für die großartige Kundgebung von Longchamps Rache genommen. In der Montmartrestraße, vor dem Redaktionsgebäude der „Petite République“, schlugen die „gardiens de paix“ (Friedenswächter) mit bestialischer Wut auf jeden barn- tosen Passanten los und erst recht auf diejenigen, die „hoch die Republik“ riefen. Mehrere Journalisten, darunter selbst Vertreter der gouvèrnementalen Gavad-Agenatur, die ihrer Reporterpflicht oblagen, wurden blutig geschlagen, ungeachtet ihrer journalistischen Ausweise. Auch der sozialistische Abgeordnete Breton wurde arg mißhandelt und obendrein verhaftet. ... Nun heißt es — zur Entschuldigung der Polizei — sie seien betrunken gewesen.

Soweit unser Korrespondent. Die Kammer hat ja in aller Schnelligkeit die gebührende Antwort gefunden.

Um übrigen schreibt auch sonst die Gerechtigkeit voran. Vor dem Justizpolizeigericht erschien am Dienstag Graf Christiani, der in Auteuil den Präsidenten Loubet thätlich angegriffen hat. Auf die Frage des Präsidenten erklärte Christiani, daß er die That unter dem Einfluß der außerordentlichen Aufregung verübt habe, die sich der ihn umgebenden Menge bemächtigt hatte. Er habe ohne Vorbedacht gehandelt. Man müsse den Umständen Rechnung tragen, unter welchen er seine That verübt. Die Belastungszeugen sagten aus, Christiani, der äußerst erzregt gewesen sei, habe sich angestrengt, Loubet mit dem Stock zu

treffen. Die Entlastungszeugen, besonders Prinz Broglie und Graf Laborde, bezeugten, Christiani treibe keine Politik, er sei liebenswürdig und sanft von Charakter, sie — die Zeugen — seien über die That erstaunt und überrascht gewesen. Der Staatsanwalt verlangte eine schwere Verurteilung dieser gegen den ersten Beamten der Republik gerichteten geschäftigen und lächerlichen That. Der Verteidiger Lavallée erklärte, Christiani handelte unter dem Einfluß lebhafter Erregung, hervorgerufen durch die Ereignisse des Augenblicks; nichtsdestoweniger bleibe er aber dennoch ein ehren- werter edelgebender Mann, auf den nicht die ganze Strenge des Gesetzes anzuwenden sei.

Nach halbständiger Beratung wurde Graf Christiani zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Paris, 13. Juni. Der Regierungskommissar beim Kriegsgericht in Rennes, Major Carrière, äußert im „Gaulois“, die Untersuchung in der Dreyfus-Sache werde von kurzer Dauer sein; man werde die Kriegsminister, welche an ihrer Ueberzeugung von der Schuld Dreyfus' festhielten, als Zeugen vorladen und Dreyfus den Ministern gegenüberstellen.

Paris, 13. Juni. Die Anklagerkammer hat in Sachen Picquart-Leblois erkannt, daß kein Grund zur Verurteilung derselben vorliege, da, wie in den Urteilsgründen erklärt wird, das Urteil des Kassationshofes und die in der Sache eingeleitete Untersuchung dargelegt hätten, daß die gegen Picquart und Leblois erhobenen Anklagen in offenbarem Widerspruch mit dem Ergebnis dieser Untersuchung und dem Urteil des Kassationshofes ständen. —

Partei-Nachrichten.

Aufruf an die socialdemokratischen Vertrauensleute Norddeutschlands.

Genossen, wie abkürzlich so auch dieses mal wenden wir uns an Euch. Allüberall, wo polnische Arbeiter beschäftigt sind, muß wieder Agitationsmaterial in der ihnen verständlichsten Sprache verbreitet werden. Wir haben für die polnischen Arbeiter ein Flugblatt herausgegeben, und eruchen Euch nun, uns mitzutheilen, wie viel davon Ihr nötig habt.

Genossen, scheuet nicht zurück vor der Euch durch Eure Pflicht auferlegten Arbeit und verbreitet dies Flugblatt so, daß jeder polnische Arbeiter in Eurem Bezirk ein solches erhält. Unsere heiligste Pflicht ist, Aufklärung unter die noch rückständigen Schichten der Arbeiter zu tragen. Je verständlicher den Leuten ihre Lage klar gemacht wird, desto schneller und sicherer ist unser Sieg, und desto näher sind wir unserem Ziele. Darum thut jeder seine Pflicht!

Vestellungen eruchen wir an Genossen J. Jankowski, Hamburg, Kraienkamp 12, zu richten, und zwar, um nicht voranzu- sehenden Mißbräuchen vorzubeugen, mit einem Stempel versehen.

Die Agitationskommission der polnischen Arbeiter für Norddeutschland. S. Ziolkiewicz, P. Kuroński, J. Pristewicz.

Spanischer sozialistischer Parteitag. Wie bekannt, hatte das Nationalkomitee der sozialistischen Partei für Mai dieses Jahres einen Parteitag nach Madrid einberufen, der dann aber infolge des Sturzes Sagastas und der Ausdehnung neuer Corteswahlen bis auf weiteres verschoben werden mußte. Wie die Parteileitung ankündigt, soll nun endlich der Kongress im September dieses Jahres in Madrid stattfinden. Vorschläge für die Tagesordnung und Anträge müssen bis spätestens zum 1. August an den Parteisekretär, Genossen Quejido, eingereicht werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Einführung des neuen evangelischen Pfarrers durfte in Steinbach-Hallenberg (Hessen-Nassau) die für den 11. Juni geplante socialdemokratische Wahlkreisversammlung nicht abgehalten werden. Der Bürgermeister beschloß, das Verbot durch den Bürgermeister. In diesem Schreiben heißt es:

„Gleichzeitig wird Ihnen eröffnet, daß die Ortspolizei- behörde die Abhaltung politischer Versammlungen außerhalb der Wahlzeiten überhaupt zu verhindern beabsichtigt.“

Das Verbot ist mit Rücksicht auf die an demselben Tage stattfindende Einführung des neuen Pfarrers erfolgt. Das ist wirklich zu vorzuzugeln von der Ortspolizeibehörde, die von einem Versammlungsgebot und der dort garantierten Versammlungsfreiheit gar nichts zu wissen scheint.

In 10 Mark Geldstrafe wurde der Redacteur der „Pfälzischen Post“, Genosse Wenzel in Ludwigshafen, verurteilt, weil er der „liberalen“, „Pfälzischen Presse“ Feigheit vorgeworfen und ihr das Gefühl seiner unzulässigen Verachtung ob ihres politischen Verhaltens ausgesprochen hatte. Deswegen hatten der Herausgeber Hübner und der Redacteur Rüblich wegen Verleumdung geklagt und eine Geldstrafe von 200 M. beantragt.

Der Massenprotest gegen die Zuchthaus- Vorlage.

Die Arbeiter Münchens versammelten sich am Samstag um 6000 im Kindlsteil zu ihrem Proteste. An den wirksamen Vortrag des Genossen Volkmar schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in der viele der Anwesenden ihrer Empörung beredten Ausdruck gaben. Eine kräftige Protestresolution wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Zahlreich besuchte Versammlungen fanden am Freitag, Samstag, Sonntag und Montag in elf Orten Badens statt. Weitere Versammlungen sind angekündigt.

In Kärnten fanden Montagabend vier große Protestversammlungen statt. Alle vier Solale waren überfüllt. In vielen Tausenden waren die Arbeiter Kärntens erschienen, um gegen die geplante Vernichtung ihres Koalitionsrechtes zu protestieren. Die Ausführungen der verschiedenen Redner wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Schließlich gelangte in allen Versammlungen eine dem Reichstag einzuschickende Resolution gegen die Vorlage zur Annahme.

Auch in Würzburg fand eine stark besuchte Versammlung statt, die den Abgeordneten für Würzburg aufforderte, gegen die Vorlage zu stimmen.

In den ländlichen Orten der Umgebung Magdeburgs, in Oldenburg und Niederbodeleben wurden zwei stark besuchte Versammlungen abgehalten, zu denen die Teilnehmer hundemweis gepilgert kamen. Die Versammlungen zeigten, daß auch das ländliche Proletariat von der allgemeinen Empörung ergriffen ist.

In der weiteren Umgebung Halles fanden am Samstag und Sonntag in sechs kleineren Orten Versammlungen statt, die sämtlich überfüllt und vom besten Geiste befeuert waren.

In Pirna fand eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung, die eine Protestresolution annahm.

Nach der Stötteritzer Festhalle zogen am Sonntag wohl 15 000 Arbeiter Leipzig, die einen imponierenden Protest veranstalteten, dessen Wirkung auch nicht dadurch abgeschwächt werden konnte, daß dem Referenten Genossen Grenz am Schluß seiner Rede das Wort entzogen und bald darauf die Versammlung aufgelöst wurde.

Die zum Vorschlag gebrachte Resolution, über die infolge der Versammlungsausschließung keine Abstimmung stattfinden konnte, hatte folgenden Wortlaut:

Die am Sonntag, den 11. Juni 1899 im Brauereigarten zu Stötteritz versammelten Arbeiter lemmgeigen den dem Reichstage zugegangenen Zuchthausgesetz-Entwurf als ein neues, gegen die werthvolle Arbeiterklasse gerichtetes Ausnahmegesetz. Geflossen aus dem Schärfermachergeiste des reaktionärsten, ausbeuterischen und unterdrückungsstüchtigen Unternehmertums ist das Zuchthausgesetz bestimmt, die Ausübung des Koalitionsrechtes den deutschen Arbeitern durchaus

unmöglich zu machen und das für die friedliche Fortentwicklung so wichtige Bestreben zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter durch schändliche Aechtung und drakonische Strafen auszurotten.

Die Versammelten protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese gesetzgeberische Ungehörlichkeit, die dem weiteren kulturellen Fortschritt den Boden entziehen soll, und sie erwarten von der deutschen Volksvertretung, daß die Vorlage gebührend zurückgewiesen wird.

Au die den gewerkschaftlichen Vereinigungen noch fernstehenden Arbeiter aber ergeht der Appell, ihrerseits die einzig richtige Antwort auf die Zuchthausvorlage durch den Eintritt in die Gewerkschaften zu geben.

Aus verschiedenen Orten wird noch über kleinere Versammlungen berichtet.

Ein von der Generalkommission der Gewerkschaften herausgegebenes Flugblatt ist am Sonntag in Hamburg in einigen hunderttausend Exemplaren verbreitet worden.

Der Berliner Arbeiter-Verein (demokratisch) veranstaltete am Montag, den 12. d. Mts., in den Arminshallen eine Protestversammlung gegen die geplante Zuchthausvorlage. Die gut besuchte Versammlung nahm nach längerer Diskussion einstimmig folgende Resolution an: „Der Berliner Arbeiter-Verein erblickt in der Gesetzesvorlage „zum Schutze der Arbeitswilligen“ eine gänzliche Vernichtung der Koalitionsfreiheit. Auch draußt die Annahme derselben die Arbeiter des einzigen Mittels, für die Aufbesserung ihrer Löhne, überhaupt für die Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten.“

Aus diesen Gründen richtet genannter Verein an den hohen Reichstag die Bitte, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen, bezw. gänzlich zu verwerfen, und die Vorlage einzutreten, sondern dieselbe sofort von der Tagesordnung zu verweisen.“

Auch mehrere freisinnige Versammlungen in Berlin nahmen Protestresolutionen an. Eine nationalsoziale Versammlung, in der Pfarrer Raumann referierte, fand in Göttingen statt unter Vorsitz des Professors Bouffet. Auch hier wurde eine Protestresolution angenommen.

Eine bemerkenswerthe Kundgebung gegen die Vorlage wurde am Sonnabend in Witten (Westfalen) veranstaltet. Der Redacteur der nationalliberalen „Wittener Zeitung“, Herr Hoppschäfer, hatte eine Versammlung einberufen, die sehr zahlreich von Anhängern aller Parteien besucht war. Etwas ein Drittel waren nach dem Bericht des nationalliberalen Blattes Socialdemokraten. Es wurde nach vorheriger Verabredung ein paritätisches Bureau gebildet und Herr Hoppschäfer hielt einen einflussigen Vortrag gegen die Vorlage. Nach ihm sprachen einige Socialdemokraten und zuletzt ein Centrums- mann. Die von Herrn Hoppschäfer vorgeschlagene Resolution, die einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Die von zahlreichen Arbeitern besuchte Versammlung im Worgmannschen Saale zu Witten protestiert aufs entschiedenste gegen die Regierungsvorlage zum angeblichen Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß dieses Gesetz im Falle seiner Annahme eine tiefe Verletzung des ganzen Volkes hervorrufen muß, weil es die Arbeiter rechtlos und unfähig macht, ihre Interessen in wirksamer Weise gegenüber den Unternehmern zu vertreten. Die Versammlung erklärt das Zustandekommen dieses Gesetzes für ein nationales Unglück und fordert alle wahrhaft volkfreundlichen Abgeordneten auf, die Vorlage ohne Kommissionsberatung abzulehnen.“

Massenausperrung der Berliner Maurer.

Der Bund der Bauunternehmer hat heute mittag beschlossen, sämtliche Maurer, die in Berlin und den Vororten von Mitgliedern des Bundes beschäftigt werden, Mittwoch früh auszusperren. Der Kampf, der damit heraufbeschworen wird, wird ein harter und folgenschwerer sein. Die Unternehmer fassen ihn als einen reinen Nacht- kampfs auf, sie wollen „Herren im Hause“ sein; das wurde von den Rednern in der Versammlung, die von etwa 250 Unter- nehmern besucht war, unumwunden zugestanden. Der Vor- sitzende des Bundes, Baumeister Döbler, sagte in seiner Ansprache, daß den fortwährenden Wählerreien und Ausständen einmal energig entgegengetreten werden müsse. Die Aufforderung der Unternehmer an die streikenden Maurer, die Einzelsperren aufzuheben, sei mit Hohn zurückgewiesen. Seit Jahren sei man den Arbeitern bezüglich der Lohn- aufbesserung schrittweise entgegengekommen und die jetzt auf- gestellte Forderung sei nichts, als ein brutaler Kraftmesser, wogegen entschieden Stellung genommen werden müsse.

Noch offener sprach sich ein Herr Westphal aus. Nach ihm handele es sich jetzt darum, ob der Unternehmer die Autorität auf dem Bau behalten solle oder nicht. Etwasige Geld- verluste müsse man verschmerzen, selbst vor drohenden Entschädigungsklagen das Austrag- geber dürfe man nicht zurückschrecken.

Herr Döbler, dem besonders viel an dem Kampfe zu liegen scheint, ergriff abermals das Wort und sagte:

„Wir müssen, wenn schon, denn schon, alle Maurer aus- sperren. Sonst werden die noch arbeitenden Leute gezwungen, Beiträge an die Streikkasse zu liefern. Wir müssen aber dahin wirken, daß die Maurergelder bald aufgezehrt werden.“

Es wird angeregt, die Mörtel- und Ziegelfabrikanten aufzufordern, während der allgemeinen Sperre ihre Liefe- rungen einzustellen. (Stürmischer Beifall.) Ein Redner teilt mit, daß voraussichtlich die Direktoren der Mörtelwerke sehr dazu geneigt seien. Auch die Accordarbeiter sollen ausgeschlossen werden.

Großes Wehklagen herrschte darüber, daß die staatlichen Behörden keinerlei Rücksicht auf einen Streik nähmen, sondern auf pünktlicher Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen beständen. Dasselbe gelte auch von den städtischen Behörden. Der städtische und staatliche Bauten auszuführen habe, würde jetzt vielleicht gezwungen, aus dem Bunde auszuscheiden, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Herr Döbler hatte es jedoch sehr eilig mit der zuversichtlichen Erklärung, daß sofort vom Vorstande Berichte an die staatlichen und städtischen Behörden abgesandt werden würden, um die Sach- lage klarzulegen und um eventuelle Verlängerung der Bau- fristen zu bitten. Der Konventionalkasse zu zahlen habe, würde später durch den Bund schadlos gehalten.

Die Arbeiter ersehen aus diesem Berichte, daß die Unternehmer alle Hebel in Bewegung setzen wollen, um die Arbeiter unter ihren Willen zu beugen. Der Kampf, der damit den Berliner Maurern ausgezwungen wird, wird auf diese Weise zu einem Kampfe aller Arbeiter gegen die Herrsch- sucht des Unternehmertums. Die deutsche Arbeiterklasse wird sicher nicht zögern, alle Kräfte einzusetzen, um die Pläne der Unternehmer zu schanden zu machen. Von der Aussperrung werden etwa 8000 Maurer betroffen.

Heber die Versammlung der Maurer der centralen Richtung, die am Montag in Kellers Festhällen in der Kopenstraße in Stärke von etwa 8000 Mann tagten, geht uns noch folgender Bericht zu:

In der Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß die Maurer in den letzten Jahren wiederholt bestraft waren, auf dem Wege der Verhandlungen mit der Unternehmer-Organisation die Differenzen zu beseitigen und ein einigermaßen beständiges und ruhiges Arbeitsverhältnis zu schaffen. Statt Vereinbarungen anzubahnen, ließen die Unternehmer keine Gelegenheit vorbegehen, um die Arbeiter zu provozieren; niemals haben sie auch nur an der Beseitigung der schlimmsten Mißstände, die auf den Bauten vorhanden sind, gedacht oder auch nur die geringsten Forderungen der Arbeiter erfüllt, sondern diese zum fortwährenden Kampfe gezwungen. Auch das jetzige Vorgehen gegenüber den Arbeitern ist seit langem geplant und auf die besagten Beschlüsse der allgemeinen Unternehmer-Versammlungen in Breslau und Leipzig zurückzuführen, wo von Felisch und Genossen den Arbeitern den Krieg von neuem angekündigt und die Zerstörung ihrer Organisationen mit allen Mitteln verlangt worden ist. Derjenige Teil der Unternehmer, der zu Unterhandlungen mit den Arbeitern geneigt war, ist unterlegen und Felisch und Genossen, die mit Gewaltmaßregeln die „Ruhe“ im Baugewerbe schaffen möchten, führen nach wie vor das Scepter. Wie es scheint, haben die Unternehmer geglaubt, daß die Maurer der lokalen Richtung für die Forderung des 65 Pf.-Stundenlohnes, womit wenigstens erreicht wurde, daß verhältnismäßig der Lohn von 55 und 57 1/2 Pf. auf 60 Pf. erhöht worden ist, nicht mit der sonst an den Tag gelegten Energie eintreten und deshalb die Zeit für gekommen erachtet, den längst gehegten Plan zur Ausführung zu bringen. Daß sich aber die Unternehmer auch hierin getäuscht haben und die gegenwärtige Zeit für ihre Zwecke nicht besonders günstig sein dürfte, zeigte der Verlauf der Versammlung. Alle Redner beurteilten nicht nur einmütig und entschieden das brutale Vorgehen des Unternehmerbundes, der die Arbeiter zwingt, den von ihm herausbeschworenen Kampf aufzunehmen, sondern sie wiesen auch darauf hin, daß angesichts der außerordentlich ernsten Situation jedwede Meinungsverschiedenheiten zwischen lokaler und centraler Richtung hintangesezt werden müssen, um gemeinsam in diesem Kampfe vorzugehen.

Die von der Versammlung angenommene Resolution lautet wie folgt: Die heutige Versammlung der Maurer Berlins und der Umgegend erklärt, dem Verlangen des Arbeitgeberbundes, die zu Gunsten der Erringung des 65 Pf.-Stundenlohnes ruhenden Bauten zu befehlen, nicht Folge zu geben. Die Versammlung erklärt sich aber zu jeder Zeit bereit, mit dem Arbeitgeber-Verbande zu unterhandeln, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenseitig zu vereinbaren. Mit den etwaigen Unterhandlungen ist die Lohnkommission beauftragt.

Mittwoch, den 14. Juni, findet wieder eine Versammlung bei Keller, Koppenstr. 20, statt, die über die weiter zu treffenden Maßnahmen beschließen wird. Bis dahin sollen Arbeitsniederlegungen vermieden werden. Um den Umfang der Aussperrung genau feststellen zu können, haben sich die Aussperrten sofort in den betreffenden Bezirken zu melden, während die noch in Arbeit verbleibenden sich in die dazu auf den Bauten hirkulierenden Listen eintragen sollen.

Die Maurer der lokalen Richtung hielten gestern, Dienstagabend eine sehr stark besuchte Versammlung bei Keller, Koppenstraße, ab, um zu der von den Unternehmern beschlossenen Aussperrung der Maurer Stellung zu nehmen. Nachdem Fr. Kater die letzten Vorgänge im Baugewerbe und die gegenwärtige Situation beleuchtet hatte, gelangte nach längerer Diskussion folgende Resolution zur Annahme:

Die heute am 13. Juni stattfindende Versammlung der Maurer Berlins und der Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation) steht nach wie vor auf dem Standpunkt ihrer am 6. d. M. gefaßten Resolution. Sie sieht die Aussperrung durch die Arbeitgeber mit Ruhe entgegen und verpricht: einmal gefaßte Beschlüsse durchzuführen. Die Arbeit auf den gesperrten Bauten wird nur dann aufgenommen, wenn annehmbare Vermittelungsvorschläge seitens der Arbeitgeber der Kommission der Gesellen gegenüber gemacht werden, in der Weise, daß der Arbeitgeber sowie die Gesellen dabei befriedigt werden.

Mit der Annahme dieser Resolution haben nun auch die Maurer der lokalen Richtung ihre Bereitwilligkeit, den Kampf zu vermeiden, bekundet, so daß eine Ursache zu der brutalen Maßregelung seitens der Unternehmer völlig fehlt.

Aussperrt wurden bis gestern abend, soweit dies in der Versammlung festgelegt werden konnte, 387 Maurer der lokalen Richtung auf 35 Bauten. Zur weiteren Beschlußfassung findet in demselben Lokale am Freitag eine Versammlung statt.

Ein Antrag nach welchem, falls die Unternehmer die Aussperrung bis zum 17. Juni nicht aufgehoben haben, dann als Antwort einen Stundenlohn von 70 Pfennigen und die achtstündige Arbeitszeit zu fordern, wurde abgelehnt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaften Charlottenburg! Heute, abends 8 1/2 Uhr, findet in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstraße 80, eine allgemeine Gewerkschafts-Versammlung statt, in der über den hiesigen städtischen Arbeitsnachweis und den weiteren Ausbau desselben verhandelt werden soll. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert eine rege Beteiligung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Vertrauensmann der Gewerkschaften.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Während die Innung und ihre engeren Freunde immer noch an ihrem Beschlusse, nicht nachzugeben, festhalten, drödeln immer mehr Unternehmer ab, die sich anfänglich mit diesem Beschlusse solidarisch erklärt hatten und nicht eher bewilligen wollten, als bis eventuell die Innung bewilligt haben würde. So haben inzwischen bewilligt: Bartsch, Köffel, Schippan und F. Rike, erstere drei Firmen in Berlin, letztere in Friedenau, gleichzeitig Innungsmeister. Es arbeiten nunmehr mindestens 300 Gesellen zu den neuen Bedingungen und werden täglich neue eingestellt, da die nachgiebigen Firmen jetzt vielfach Arbeiter zur Ausführung erhalten, welche ursprünglich andere ausführen mußten, ebenfalls die Arbeit einstellen. Infolgedessen ist auch die Stimmung der Ausständigen immer noch die denkbar beste und sind dieselben infolge der gestern von uns aufgedeckten Feinheiten des Innungs-Bohntarifs zum Nachgeben jetzt weniger denn je geneigt.

Im Auslande befinden sich noch ca. 350 Mann.

Deutsches Reich.

Der Kampf der Lederarbeiter in Wülfer ist dadurch in ein neues Stadium getreten, daß nun eine zweite Firma ihren 250 Arbeitern am Sonnabend mit vierzehntägiger Frist gekündigt hat. Mit Streikenden und Aussperrten zusammen werden dann circa 600 Mann im Kampfe stehen. Die Streikenden bitten um Fernhaltung des Inzuges und um Unterstützung. Die Adresse des Streikkomitees ist H. Schulz, Kumpfleterdeich Nr. 50, Wülfer.

Der Verein der Riemendreher-Besitzer in Barmen macht öffentlich durch die Presse bekannt, daß die letzte Generalversammlung beschlossen habe, die Abmachungen mit den Arbeitern

vor der Handelskammer anzuerkennen und demnach am 1. September den zehn Stunden tag in allen Betrieben einzuführen. Durch diesen Beschluß, der vorauszusehen war, ist die Riemendreherbewegung als beendet zu betrachten. Die Bedeutung dieses Erfolges für die Arbeiterklasse erhebt sich daraus, daß 4000 bis 5000 Arbeitern und Arbeiterinnen die Wohlthat einer Arbeitszeitverkürzung von täglich einer Stunde zu teil wird.

Der Generalstreik der Maurer in Straßburg ist nach sechswochenlanger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Es wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1 1/2 auf 10 Stunden und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 38 Pf. erzielt.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Lüneburg wurde die Liste des Gewerkschaftskartells für die Arbeiterbesitzer ohne Widerspruch gewählt.

Ausland.

Die Massenansperrung in Dänemark. Kopenhagen, den 12. Juni 1899. (Eig. Ber.) Das hier in Dänemark bestehende gewerbliche Schiedsgericht zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern hat heute eine Sitzung abgehalten, um die aus Anlaß der Aussperrung eingelaufenen Klagen zu prüfen.

Dieses Schiedsgericht ist nicht wie die deutschen Schiedsgerichte durch ein Gesetz errichtet, sondern aus privater Initiative und zwar auf Grund einer von den Unternehmern infolge früherer Streitigkeiten gestellten ausdrücklichen Forderung. Seine Aufgabe ist nur, zu unteruchen, inwiefern bei entstehenden Streitigkeiten bestehende Verträge gebrochen worden sind.

Das Schiedsgericht ist auf folgende Weise zusammengesetzt: 8 Mitglieder sind gewählt von der Centralorganisation der Arbeiter und 8 Mitglieder von der Centralorganisation der Unternehmer und diese 8 Mitglieder zusammen wählen den Vorsitzenden. Von den Schiedsrichtern jeder Partei sollen 2 der Organisation angehören, während der dritte ein außerhalb der Organisation stehender Mann sein soll.

Bei der vorgenannten Aussperrung haben die Unternehmer einen eskalanten Bruch der zwischen ihnen und den Arbeiter-Organisationen abgeschlossenen Verträge begangen. Diese enthalten nämlich alle eine Bestimmung des Inhalts, daß in Zukunft keine Arbeitsperre (Streik, Blockade oder Lock-out) vorgenommen werden darf, ohne daß vorher eine Verhandlung zwischen den betreffenden Organisationen der Unternehmer und Arbeiter stattgefunden hat.

Diese Bestimmung ist von den Unternehmern selber formuliert und auf ihr ausdrückliches Verlangen in die Verträge aufgenommen worden, aber trotzdem haben sie sämtliche Arbeiter in den betreffenden Branchen auf die Straße geworfen, ohne irgend welche Verhandlung.

Infolgedessen haben die Arbeiterorganisationen in folgenden Gewerben Klagen wegen Vertragsbruchs gegen die Unternehmer erhoben: Die Schmieide- und Maschinenbauer, die Maurer, die Maurerarbeitende (Handlanger), die Zimmerer, die Holzlagerarbeiter, die Maler, die Klempner, die Erd- und Betonarbeiter, die Kutsher, sowie die Formner.

Die Arbeiter erhoben selbstverständlich gleich am Anfang der Aussperrung ihre Klagen, die Unternehmer haben jedoch bis jetzt durch verschiedene Kniffe den Urteilspruch zu verhindern gesucht. Jetzt sind sie aber durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen worden, vor dem Schiedsgericht zu erscheinen.

Sämtliche Arbeiterorganisationen haben dem geschäftsführenden Ausschuss der „Centralisierten Gewerkschaftsverbände“ Vollmacht erteilt, während die Unternehmer den geschäftsführenden Ausschuss ihrer Centralorganisation mit ihrer Vertretung beauftragt haben.

Da die Aufgabe der Schiedsgerichte, wie gesagt, nur darin besteht, zu unteruchen, ob die bestehenden Verträge gebrochen worden sind, hat es kein Mandat dazu, die Aussperrung aufzuheben. Eine solche Wirkung kann man also nicht von dem Urteilspruch erwarten. Dieser wird aber sicherlich einen mächtigen Einfluß ausüben auf das Urteil der öffentlichen Meinung über die brutale Vernichtung alles gewerblichen Lebens hier im Lande durch die Kapitalisten.

In der heutigen Sitzung des Schiedsgerichts besetzten die Unternehmer dieselbe Ränge wie früher, nämlich die Sache in die Länge zu ziehen. Selbstverständlich protestierten die Arbeiter hiergegen und dieser Schachzug wird den Unternehmern hoffentlich nichts nützen. Aber sie erreichten doch, daß das Schiedsgericht, trotzdem der Vertragsbruch durchaus klar und unzweifelhaft vorliegt, die weitere Behandlung der Sache bis auf Donnerstag aussetzte, an welchem Tage das Urteil wahrscheinlich gefällt werden wird.

Aus der Frauenbewegung.

Der Alkoholismus, eine Kulturgefahr. Ueber dies Thema sprach am Montag Dr. Paul Bernstein im Verein für die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Der Redner schilderte zunächst die Wirkung, welche der Alkoholgenuss auf den menschlichen Organismus ausübt und führte dann aus: Die Kulturgefahr des übermäßigen Alkoholgenusses besteht darin, daß die Gewohnheitstrinker nicht nur selber körperlich und geistig erschaffen, sondern diesen Zustand der Degeneration auch auf ihre Kinder vererben. Die Kinder von Säufnern seien stets geistig minderwertige Menschen. Es sei selbstverständlich, daß ein derart degeneriertes Geschlecht nicht fähig sei, an der ersten Arbeit für den Kulturfortschritt teilzunehmen. Wenn auch die Verhältnisse der Proletarier — schlechte Ernährung und anstrengende Arbeit — oft zum Alkoholismus verleiten, so dürften diese Verhältnisse doch nicht als Entschuldigung dafür dienen, daß man unter den Arbeitern leider nicht selten Gewohnheitstrinker antreffe. Erziehung und Aufklärung müsse dahin wirken, daß jeder so charakterfest werde, um sich vor übermäßigem Alkoholgenuss zu bewahren. Wenn es auch, wenn Eltern ihren kranken oder in der Genesung begriffenen Kindern Wein zu trinken geben, in der Meinung, denselben ein Stärkungsmittel zu bieten. Eine stärkende Wirkung habe der Wein in solchen Fällen meistens nicht. Wohl aber würden durch den Genuss desselben in den Kindern Trinken großgezogen (S), und Eltern, welche, wenn auch in wohlmeinender Absicht, ihren Kindern solche vermeintlichen Stärkungsmittel verabreichen, verhängten sich dadurch an der Menschheit. Der Redner gab zum Schluß der Meinung Ausdruck, daß, wenn der Alkoholismus nicht wäre, der Kulturfortschritt, insbesondere auch die idealen Bestrebungen der Arbeiterklasse schon weiter gefördert sein würden. Jede der Zuhörerinnen möge in ihren Kreisen nach der angegebenen Richtung hin Aufklärung verbreiten und dem Alkoholgenuss entgegenwirken. Damit werde in vielen Fällen für den Kulturfortschritt mehr getan, wie mit politischen Reden. (S) — Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion, in der unter anderem auch ein Anhänger des Vegetarismus die fleischlose Ernährung als das Allheilmittel gegen den Alkoholismus pries, worauf mehrere Rednerinnen erwiderten, daß gerade die mangelhafte fleischarme Ernährung des Proletariats diesen zum Alkoholgenuss verleite, und daß man dem Alkoholismus wirksam entgegenrete, wenn man den Arbeiter in den Stand setze, sich eine kräftige Fleischnahrung zu verschaffen.

Nach Schluß der Debatte erfolgte die Erledigung von Vereinsangelegenheiten. Die Vorsitzende gab bekannt, daß am 10. Juli die Generalversammlung stattfindet. Es wurden zwei Revisorinnen gewählt. Dann beschloß man, Montag, den 26. Juni, einen Ausflug nach dem Lokal von Lindenhagen in Grünau zu machen.

Frauen bei der Gewerbeaufsicht. Man schreibt uns: Die auf Anregung unseres Abg. Wandert erfolgte veruchswerte Anstellung von zwei Assistentinnen für den Fabrikinspektor hat in dem 1. und 2. Verwaltungsbezirk, wo man die betreffenden Damen antreffen ließ, nach der Mitteilung der amtlichen weimarschen Zeitung den Beweis erbracht, daß eine dauernde Anstellung nicht notwendig sei. — Bei dem Ernst

und der Sachkenntnis, die von diesen Assistentinnen bezeugt wurden, ist ein solches Resultat natürlich keine Ueberraschung.

Von der Lage der Spitzenklopplerinnen im Erzgebirge entwirft die „Oestreichische Arbeiterinnen-Zeitung“ folgendes tief ergreifende Stimmungsbild: Schön im Erzgebirge liegt der Ort Schwarzbach, und so mancher Fremde, der die Verhältnisse nicht kennt, wird die Bewohner beneiden haben, daß es ihnen gegönnt ist, auf dem herrlichen Flecken Erde zu wohnen. Wenn man aber nur einen Tritt in die Wohnungen der armen Schwarzbacher setzt, so wird man auf andere Gedanken gebracht. In den ganz kleinen Häuschen befinden sich nur sehr kleine, niedrige Stülchen. Die Einrichtung besteht aus einem Bett, Tisch, einigen Stühlen und aus einem sogenannten Klöppelstod, an welchem die Frauen, Mädchen und Kinder von früh 5 bis nachts 9 und 10 Uhr sitzen und die Finger so geschwind fliegen lassen, daß das Auge kaum folgen kann. Man sollte glauben, daß das Klöppeln dieser feinen, zarten Spitzen so bezahlt werden mühte, daß es wenigstens annähernd im Verhältnis zu der vielen Mühe steht. Werden doch diese Spitzen für die vornehmen und reichen Damen gemacht! Leider trifft diese Vermutung nicht zu. Eine sehr fleißige, geschickte Spitzenklopplerin verdient 25 bis 30 Kreuzer täglich bei 14 bis 15stündiger Arbeitszeit. Wie elend und schlecht leben diese Leute. Früh schlechten Kaffee, vormittags wieder, zu Mittag höchstens eine Suppe ohne Fleisch und die sogenannten gebackenen Erzgebirgs-„Knödeln“ dazu, nachmittags und abends wieder Kaffee. Fleisch gibt es höchstens am Sonntag. Der Kaffee besteht aus Cichorie und Wasser. Die meisten Männer wandern im Sommer in andere Gegenden, um als Bauarbeiter ihren Lebensunterhalt zu finden. Frau und Kinder sind den ganzen Sommer allein, und oft ist es ein Abschied auf ewig. Die zu Hause bleiben, machen täglich einen zweistündigen Weg nach Chodau und arbeiten dort am Bau. Auch sie nehmen zum größten Teil für Mittag von zu Hause Cichorienkaffee mit. So leben die Bewohner des schönen Erzgebirges, und wie in Schwarzbach ist es fast überall.

Gerihts-Beitung.

„Mißbrauch der Amtsgewalt.“ Unter diesem Titel hat der frühere Reichskommissar Dr. Carl Peters im Januar d. J. eine Broschüre veröffentlicht, worin er das gegen ihn stattgehabte Disziplinarverfahren beleuchtet. Er erwähnt darin, daß er vom Jahre 1884 an in Berlin unter einer sehr gefäßigen polizeilichen Beobachtung zu leiden gehabt habe und daß er sich in der Atmosphäre der Taubstumm-Asyl-Periode befand. Um dieser widerlichen Spionage zu entgehen, sei er schließlich nach England übergesiedelt. Nun sei eine unheimliche Ueberwachung seiner Korrespondenz eingetreten. Viele seiner Briefe seien beschwunden, andere hätten unverkennbar die Spuren getragen, daß sie eröffnet worden waren. Schließlich habe er sich der Dedadressen bedienen müssen. Im Dezember 1896 sei ihm eine Kiste mit Akten gestohlen worden, die er zu seiner Verteidigung brauchte. Die Kiste sei von Berlin an ihn abgehandelt, eingeschrieben und versichert worden, habe sich also im Gewahrsam der deutschen Post befunden. Diese Kiste sei auf dem Hamburger Bahnhof in Berlin auf rätselhafteste Weise verschwunden. Dr. Peters knüpfte an diese Mitteilung folgende Bemerkung: „In Deutschland mokiert man sich über die skandalösen Enthüllungen im Zusammenhang mit dem Fall Dreyfus. Nun, meint man, daß es erheblich anständiger ist, jemanden, der angeklagt ist, Dokumente, welche er zu seiner Verteidigung nötig hat, zu stehlen, als Dokumente zu fabrizieren, um ihn mit denselben anzuklagen? Ich finde, es kommt das eine wie das andere ziemlich auf dasselbe hinaus.“

Durch diesen Teil des Inhalts der Broschüre fühlte sich die Postverwaltung beleidigt und da der Verfasser wieder in Ostpreußen und nicht zu belangen ist, so wurde der Buchhändler Friedrich Wechly, als Inhaber der Firma Hermann Walther, in deren Verlage die Broschüre erschienen ist, zur Verantwortung gezogen. Er stand gestern vor dem zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Es war nur eine Fahrlässigkeit angenommen worden, da die Behauptung des Angeklagten, daß er die Broschüre vor ihrem Erscheinen nicht gelesen habe, nicht zu widerlegen war. Der Angeklagte bestritt, daß in den beanstandeten Bemerkungen überhaupt eine Verleumdung zu erblicken sei. Der Staatsanwalt vertrat eine entgegengesetzte Ansicht und beantragte eine Geldstrafe von 150 Mark. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Koffka, sprach seine Verminderung darüber aus, daß überhaupt Anklage erhoben worden sei. Die Spitze der Broschüre richte sich gar nicht gegen die Postverwaltung, sondern gegen eine andere Behörde. Wäre Dr. Peters angeklagt worden, so würde er jedenfalls freigesprochen werden müssen, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe und in dem Falle hätte von einer Beurteilung des jetzigen Angeklagten garnicht die Rede sein können.

Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Erkenntnis mit der Begründung, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß die Angriffe sich gar nicht gegen die Postverwaltung richteten. Seitens einer anderen Behörde liege aber ein Straf-antrag nicht vor.

Sonntagsruhe und Harmonikzug. Der Kaufmann Pannot steht in einem Vertragsverhältnis zu dem Traiteur, der die Versorgung der vom Potsdamer Bahnhof abgehenden D-Züge übernommen hat. Er war verpflichtet, eines Sonntags 150 Flaschen Bier für den D-Zug zu liefern und es direkt verladen zu lassen. Das Bier wurde zwischen 10 und 12 Uhr vormittags, also in der Zeit des Hauptgottesdienstes angeliefert. Herr Pannot erhielt darauf eine Anklage wegen Uebertretung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe. Der Beschuldigte machte dagegen geltend, es habe sich hier um eine im öffentlichen Verkehrsinteresse notwendige Arbeit gehandelt. P. wurde jedoch in zweiter Instanz verurteilt. Das Landgericht berief sich auf eine Auskunft der Eisenbahndirektion, wonach die Verladung des Bieres zwischen 12 und 12 Uhr 25 Minuten, das heißt in der für den Handel freigegebenen Zeit hätte erfolgen können. Das Gericht führte noch aus, der Angeklagte könne sich Räume in der Nähe des Bahnhofes beschaffen, dort das Bier vorher unterbringen und es dann zwischen 12 und 12 Uhr 25 Minuten verladen lassen. Das Kammergericht wies die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung zurück: Der § 105c der Gewerbe-Ordnung läßt keine Anwendung finden, denn es handle sich nicht um Arbeiten, die in einem Nothfalle oder im öffentlichen Verkehrsinteresse unverzüglich hätten vorgenommen werden müssen. Möglicherweise sei die Feststellung, daß es einer genügenden Anzahl von Arbeitern möglich gewesen wäre, noch rechtzeitig in den ersten 25 Minuten nach 12 Uhr mittags das Bier zu verladen, wenn es vor 10 Uhr herangeschafft wurde.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 38. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Dialekt und Entwicklung. Antwort auf Raudschs Artikel „Vernunft und die Dialektik“. Von Gb. Verwey. (Schluß). — Der Rührzug des Alkohol. Von Dr. Rudolf Wlasoff (Wien). — Zu dem Kampfe gegen die Reglementierung der Prostitution. Von Therese Schellinger-Geslin. — Die kapitalistische Entwicklung des Landwirtschaft und der Kleinrentner in Frankreich. Von Dr. Alfred Roffia (Paris). — Literarische Rundschau. — Notizen: Die Lohnverhältnisse der Arbeiter am Simplan. Von D. Zinner. — Heulleton: Erinnerungen eines Schundboiersgeiz. (Fortsetzung.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leichen, 13. Juni. (B. G.) Der Redacteur Rogger vom sozialistischen Blatte „Kownost“ wurde vom hiesigen Schwurgericht wegen Verleumdung durch die Presse zu 3 Monaten Gefängnis mit monatlich zwei Fasttagen verurteilt.

Wies, 13. Juni. (B. G.) Der Ausbruch auf den Werken der westfälischen Kohlenwerks-Gesellschaft ist beendet.

Budapest, 13. Juni. (B. G.) Ein hiesiges Blatt meldet, gegen den Reichstags-Abgeordneten Tisza, sei bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Defraudation erstattet worden.

Reichstag.

91. Sitzung vom Dienstag, 13. Juni 1899. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Posadowsky, Reich. v. Thielmann, Rieberding.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Gesetzes wegen Verwendung von Mitteln des Reichs-Zuvaldenfonds. Das Gesetz wird debattelos angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Hypothekenauf-Gesetzes.

Abg. Camp (Rp.):

Wir sind zwar mit dem Gesetzentwurf, wie er in zweiter Lesung en bloc angenommen ist, nicht voll und ganz zufrieden, haben aber auf Anträge verzichtet, da es bei der Geschäftslage des Hauses voraussichtlich unmöglich war, weitergehende Änderungen jetzt noch durchzuführen. Am wenigsten gefallt es uns, daß durch die Schlußbestimmungen die Vorschriften des Gesetzes im wesentlichen beschränkt werden auf die neu zu errichtenden Hypothekendarlehen. Inwiefern hat die Kommissionsberatung doch in verschiedenen Punkten eine Verbesserung der Regierungsvorlage erreicht und so werden auch wir für das Gesetz stimmen.

Abg. Schrader (fr. Vg.):

Auch wir sind der Meinung, daß das Gesetz in der vorliegenden Form angenommen werden wird und haben daher auf Stellung von Anträgen verzichtet. Wir werden für das Gesetz stimmen, wenn wir auch nicht allen Bestimmungen zustimmen können. Vor allem haben wir Bedenken gegen die Konzeptionspflicht, durch welche der Geschäftsbetrieb vieler Institute unnötig eingeengt wird.

Abg. v. Strombeck (C.):

Auch meine politischen Freunde haben es nicht für zweckmäßig gehalten, jetzt noch Abänderungsanträge zu stellen. Es ist wichtig, daß das Gesetz gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft tritt und deshalb werden wir trotz der verschiedenen Bedenken, die wir gegen einzelne Bestimmungen haben, dafür stimmen.

Abg. v. Löbell (L.):

Schließt sich den Erklärungen seiner Vorredner an. Auch seine politischen Freunde wollten das rechtzeitige Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern.

Abg. Mundel (fr. Sp.):

Die Gründe, welche meine politischen Freunde bestimmen, diesem Gesetze zuzustimmen, habe ich gestern schon dargelegt. Ich lege Wert darauf, zu konstatieren, daß wir uns in diesem Falle in vollkommener Übereinstimmung befinden mit unseren Freunden von der freisinnigen Vereinigung. Die vorigen Reden haben bewiesen, daß bei diesem Gesetze Resignation geübt wird, und so werden auch wir, um das schleimige Zustandekommen des Gesetzes zu ermöglichen, unsere Bedenken zurückstellen.

Damit schließt die Generaldiskussion. Auf Antrag des Abgeordneten Wisling (nall.) wird darauf das Gesetz ohne Specialdiskussion en bloc angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Zuvaldenversicherungs-Gesetzes.

Abg. Camp (Rp.):

In der Sitzung vom 14. Februar dieses Jahres hatte ich bei der ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs Veranlassung genommen, eine Bemerkung des Abgeordneten v. Korn aus dem Landtage über die Prügelstrafe richtig zu stellen. Dabei wurde ein Hinweis auf die sozialdemokratische Seite gemacht, der mich zu der Bemerkung veranlaßte, nun, meine Herren, hätten Sie um so weniger Veranlassung, diese Ausführungen zu bemängeln, als ein früherer Kollege von und von Ihnen in seiner Empfehlung der Prügelstrafe um sehr viel weniger vorzüglich gewesen ist. Daraufhin erhielt ich am 17. Februar ein Schreiben von Herrn Dr. Lütgenau, in dem er zugibt, daß meine Auffassung durch die damaligen Ausführungen in der Presse wohl berechtigt war, aber doch keine Anschauungen nicht richtig wiedergab und er hat mich gebeten, diese Nichtigstellung auch hier im Reichstag vornehmen zu wollen. Dr. Lütgenau führt in diesem Schreiben aus, daß die aufstauenden Gerüchte über ein Attentat gegen seine Majestät Veranlassung waren, die Frage zu prüfen, was geschehen könne, um solchen Ausdrückungen entgegenzutreten. Auch nach sozialdemokratischem Grundsatze — sagt er — haben alle den gleichen Anspruch auf Schutz ihres Lebens — es ist ja sehr lebenswichtig von den Herren auch anderen diesen Schutz zuzugestehen. Von diesem Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus — heißt es weiter in dem Briefe — erörtere ich den von anderer Seite gemachten Vorschlag der Prügelstrafe und lehne es ab, daß die Androhung der schimpflichen Prügelstrafe einen herostatischen Verbacher wohl von seiner That abhalten könne. Lediglich unter diesem Gesichtspunkt der Androhung der Prügelstrafe habe ich die Frage diskutiert. Die Aussicht, daß durch die Ausübung der Prügelstrafe irgend jemand gebessert werden könnte, teile ich nicht. So der Brief des Herrn Lütgenau. Ob Kollege Korn diese Auffassung teilt, weiß ich nicht, glaube aber, daß auch er die Prügelstrafe lediglich als Abschreckungsmittel empfiehlt. Im übrigen bemerke ich nur, daß ich zu meiner damaligen Auffassung umso mehr berechtigt war, als Herr Dr. Lütgenau gerade wegen seiner Stellungnahme zur Prügelstrafe aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde. Vielleicht nehmen Sie ihn nun wieder in Ihre Mitte auf, da er ja nach seiner Angabe die Prügelstrafe gar nicht empfohlen hat. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Schele (Welfe)

erklärt das ganze Gesetz für höchst unpraktisch. Es ist eine Zwangsversicherung, die wenigstens bekommen etwas von ihren Einlagen wieder zu sehen. Es muß unbedingt die Unzufriedenheit schüren. Derartige Gesetze dürften überhaupt nur so gemacht werden, daß man lediglich Direktiven aufstellt, die Ausführung aber den einzelnen Landeshöfen und Verfassungen überläßt. Sonst kommen wir immer weiter in den Staatssozialismus hinein.

Abg. Möller (nall.):

Die Rede des Herrn Vorredners gehört eigentlich in ein Kabinettskabinett. (Heiterkeit; Abg. v. Schele: Freut mich, das gerade von Ihnen zu hören. Heiterkeit.) Es hat sich gezeigt, daß die Befürchtungen, die man an die Versicherungsgesetzgebung geknüpft hatte, doch übertrieben waren; es ist daher das Beste, wenn wir das Gesetz im wesentlichen nach den Vorschlägen der zweiten Lesung annehmen. Wir haben nur einige kleine Änderungen beantragt, die wir noch in der Specialdebatte näher begründen werden. (Die detaillierten Ausführungen des Redners bleiben, da er der Tribüne den Rücken kehrt, unverständlich.)

Abg. v. Löbell (L.):

In dem Bestreben, das Gesetz fertig zu bringen, haben wir manche Wünsche zurückstellen müssen. Doch hoffen wir, daß diese bei einem weiteren Ausbau des Gesetzes erfüllt werden. Immerhin sehen wir auch in der jetzigen Fassung einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Großes Gewicht legen wir auf die Ausdehnung der Selbstversicherung. Dieselbe wird, wie wir erwarten, noch erweitert, und so eine große sozialpolitische Mission erfüllt werden. Lebhafte Bemerkungen müssen wir die Unvollkommenheit des Ausganges unter den Versicherungsanstalten. Jetzt sind die einzelnen Provinzen noch viel zu verschieden gestellt. Die Regierung ist verantwortlich dafür, daß der Notstand einzelner Anstalten abgehilft werde. In Bezug auf die Rentenstellen hat unser Standpunkt im Laufe der Beratung mehr und mehr an Boden gewonnen. Viel hat nicht gefehlt und es wäre der Antrag auf Erreichung der Rentenstellen überhaupt gestellt worden. Also muß unsere Ansicht doch wohl nicht so verfehlt gewesen sein. Wir hoffen, daß die Regierung von den

Verfassen mit der Errichtung von Rentenstellen nur einen sehr vorläufigen Gebrauch machen wird. Und so werden wir im Vertrauen zu den Verwaltungsbehörden für das Gesetz stimmen.

Gesinnung v. Wodtke:

Der Herr Staatssekretär ist leider zu meinem lebhaftem Bedauern verhindert, heute zu erscheinen. Ich danke in seinem Namen den beiden letzten Herren Rednern für das Wohlwollen, das sie dem Gesetze entgegenbringen. Ich verlege es mir, auf alle Einzelheiten, die von den Herren vorgebracht sind, einzugehen. Dagegen fehlt mir gänzlich das Verständnis für die ablehnende Haltung des Herrn Deutschhannoveraners. Die Vorteile der Versicherung sind so in die Augen springend, die Wohlthaten für die ärmeren Schichten sind in so eminentem Maße klar geworden, daß ich das Widerstreben des Herrn Abgeordneten wirklich nicht begreife.

Abg. Mollenhauer (Soz.):

Der Herr Abg. Camp hat uns mitgeteilt, daß Herr Lütgenau sich darüber beschwert hat, daß er falsch citiert worden sei. Herr Lütgenau hat ganz Recht damit, daß er sich an einen Abgeordneten einer anderen Partei als der unserigen gewandt hat. Was uns anlangt, so hat die damalige Aeußerung des Herrn Lütgenau eine so einmütige Jurisdiktion seitens unserer gesamten Presse erfahren, daß ich mir ersparen kann, hier noch einmal auf sie einzugehen. Für uns ist der Fall erledigt.

Was die gegenwärtige Vorlage anlangt, so ist es ja bekannt, daß die Notwendigkeit einer solchen Novelle bereits seit sehr langer Zeit anerkannt wurde. Sie wäre aber wohl auch heute noch nicht vorgelegt worden, wenn die Regierung sich nicht in einer Zwangslage befunden hätte. Die Regierung braucht den Ausgleich und daher wäre es gut gewesen, diese Notlage der Regierung zu bemerken und eine ganze Reihe Verbesserungen bei dieser Gelegenheit durchzuführen, die die Regierung unter anderen Umständen schwerlich acceptieren würde. Die Regierung verfährt ja ganz ebenso. Wenn sie irgend etwas thun soll, was der Reichstag gern hat, so giebt sie ihre Einwilligung stets nur gegen eine ganze Reihe von Kompensationen. Ich erinnere z. B. an die Justiznovelle. Damals sollten wir die Einführung der Berufung nur gegen eine Reihe erheblicher Verschlechterungen des Justizverfahrens erlauben. Hätte der Reichstag hier dieselbe Taktik beobachtet, so hätte er eine ganze Reihe von Forderungen, welche allgemein als notwendig anerkannt werden, einführen können. Wir haben es aber oftmals in der Kommission erlebt, daß selbst die konservativen Anerkannter, diese oder jene Maßregel wäre eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes, und daß schließlich der Antrag doch an dem Widerspruch der Regierung scheiterte. Hoffentlich wird die Regierung sich nun daran ein Beispiel nehmen und sich in späteren Fällen dem Reichstag gegenüber ebenso nachgiebig erweisen.

Daß die gegenwärtige Novelle ganz ohne Verschlechterungen ist, wird, glaube ich, kein Mensch behaupten. Herr v. Löbell führte an, durch die Novelle sei der Kreis der Versicherungspflichtigen weiter ausgedehnt worden. Das ist nicht der Fall, im Gegenteil er ist wesentlich eingeschränkt worden. Herausgenommen aus der Versicherungspflicht sind die Seefahrer, die ausländischen Arbeiter, die vorübergehend in Deutschland arbeiten, und eine ganze Reihe anderer Arbeiterkategorien. Unser Wunsch war, daß alle diejenigen, welche zweifellos Arbeiter sind, in die Versicherungspflicht aufzunehmen sind. Man hat sich aber gewiechert, einen großen Teil der hausgewerblichen Arbeiter als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes anzuerkennen. Freilich hat man die freiwillige Versicherung weiter ausgedehnt; aber ich glaube, diese Ausdehnung ist keineswegs eine glückliche Lösung, weil man dadurch unrettbar die Versicherungsanstalten in hohem Grade belastet hat und zwar zu Ungunsten der Zwangsversicherten. Diejenigen, welche der Versicherung unterliegen, haben solange sie in versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigt sind, allmählich ihre Beiträge zu entrichten. Bei der freiwilligen Versicherung sollen die Leute zahlen, bis sie einen Rechtsanspruch erlangt haben und genügen dann durch ganz minimale Beiträge, nämlich durch 10 Beiträge im Jahre der Versicherungspflicht, jedoch sicherlich, wenn Sie berechnen, wieviel Beiträge durch freiwillige Versicherung aufgebracht werden und wie viel Renten ausgezahlt werden, die Versicherungsanstalt, in der sämtliche Versicherungspflichtigen vermindert sind, unmöglich bestehen kann. Nach dem Beschluß zweiter Lesung, daß mit 400 Beitragswochen bei der freiwilligen Versicherung ein Rentenanspruch erlangt wird, erwerben die Leute für 36 Mark Beiträge in der I. Klasse eine Jahresrente von 152 Mark, für 80 Mark der II. Klasse eine Jahresrente von 144 Mark (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), für 96 Mark in der III. Klasse eine Jahresrente von 102 Mark, für 120 Mark der 4. Klasse von 180 Mark und für 144 Mark der 5. Klasse von 108 Mark (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind schon sehr hohe Renten, die so erworben werden. Also eine weitere Ausdehnung der freiwilligen Versicherung kann gewiß nicht als eine Verbesserung im Sinne der Zwangsversicherten angesehen werden. Höchstens ist es eine Verbesserung der Vorlage für diejenigen Personen, welche von der freiwilligen Versicherung Gebrauch machen wollen, denn tatsächlich kann man sich keine bessere Kapitalanlage denken, weil das Risiko der Versicherten ein ganz minimales ist. Für den Fall, daß sie nicht in den Genuss der Rente kommen, im Falle des Ablebens, bekommen ihre Angehörigen ja die Hälfte der Beiträge zurück.

Eine Verschlechterung ist es unstreitig, daß man den Vermögensausgleich herbeigeführt hat, ohne eine Gleichheit der Versicherten in anderer Weise zugleich herbeizuführen. Denn unstreitig wird die Invalidität doch vermehrt, wenn die Krankenversicherung fehlt. Personen, denen nicht in demselben Augenblick, wo sie krank werden, ärztliche Hilfe zu teil wird, werden viel eher gezwungen sein Invalidenrente zu beantragen, als wenn die Krankheit im ersten Entstehen bekämpft wird. — Eine indirekte Verschlechterung bringt auch unstreitig der § 401, der von dem Wahlverfahren für die Arbeitervertreter bei den Rentenstellen oder für die Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden handelt. In je kleineren Klassen die Arbeiter in der Krankenversicherung sind, desto größeres Wahlrecht werden sie haben. Liegt ihnen nun sehr viel daran, ein möglichst großes Recht zu haben, so ist es sehr leicht möglich, daß man zur Gründung zahlloser kleiner Hilfskassen oder Krankenkassen kommt, deren Vorstände nun alsdann Wahlrecht haben. Andererseits kann es vielleicht auch dazu führen, daß die Unternehmer durch Gründung einer großen Anzahl von Betriebsklassen vielleicht irgend einer bestimmten Richtung einen Damm entgegenzusetzen wollen. So würde indirekt der § 401 zur Verschlechterung der Krankenkassen führen können. Da müßte in der einen oder anderen Form ein Mangel vorgehoben werden.

Dann aber sind eine Reihe von Verbesserungen unterlassen worden, welche man sehr wohl hätte unternehmen können. Ich will die Frage nur kurz berühren, da sie bei dritter Lesung ja eine größere Bedeutung erlangen kann. Es darf nicht unerwähnt bleiben, ob es nicht praktisch gewesen wäre, vom Kapitalbedarfsverfahren, — das gewissermaßen eine Vesteuerung der Gegenwart zu Gunsten der Zukunft ist — zum Umlageverfahren überzugehen. Herr v. Wodtke sprach von der segensreichen Wirkung der Versicherung. Er mag recht haben in Bezug auf die einzelnen Personen, die in Besitz einer Rente gelangt sind; dagegen erreicht die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit nicht diejenigen Vorteile, welche der Höhe der Beiträge entsprechen. Nach dem letzteren Rechnungsergebnis sind 104 Mill. Mark, also 32 Mill. an Arbeiterbeiträgen. An Entschädigungsausgaben, also Renten z. B. sind 30 1/2 Mill. gezahlt worden; also haben 1897 die Arbeiter über 15 Millionen mehr gezahlt, als sie an Renten erhalten haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Besteuerung zu Gunsten der Zukunft könnte allmählich aufgegeben werden, damit die Arbeiter schon jetzt etwas von dem haben, was die Arbeitgeber zahlen.

Noch weitere Verbesserungen hätten stattfinden können. Der Rechtsanspruch der Arbeiter auf den Betrag der Invaliditätsrenten hätte erweitert werden können. Es ist allgemein zugestanden worden, daß häufig nach Willkür, statt nach Rechtsbestimmungen entschieden wird; so gewinnt die ganze Bewilligung der Renten den Anschein einer Gnade. Wenn die Beamten, in deren Hand die Bewilligung liegt, sich streng an den Wortlaut der §§ 4 und 9 halten, so werden sehr wenige Arbeiter Renten bekommen; die Bewilligung der Renten liegt regelmäßig in der Hand der Verwaltungsorgane. Auch den Rechtsanspruch der Arbeiter auf das Heilverfahren hätten wir gern anerkannt gesehen.

Vor allen Dingen halten wir einen viel größeren Einfluß der Versicherten auf die Verwaltung für nötig. Das Wahlverfahren, wie es in § 40 konstruiert ist, birgt die größten Ungerechtigkeiten in sich. 48,2 Proz. sämtlicher Versicherten sind in den Orts-Krankenkassen. Weil aber von den 22 000 Kassen nur 4500 Orts-Krankenkassen sind, haben die über 46 Proz. der Versicherten nur 20 Proz. des Wahlrechts. Dagegen haben die Gemeindefassen, die nur 16,4 Proz. der Versicherten umfassen, weil ihrer 8500 sind, das vierfache Wahlrecht. Fast ebenso günstig kommen die Betriebs-Krankenkassen weg. Um diese Ungleichheiten zu beseitigen, haben wir das allgemeine und gleiche Wahlrecht beantragt; die Regierung hat es abgelehnt, weil es agitatorisch wirkte. Wäre es uns darum zu thun, lediglich Agitationsstoff zu haben, dann könnten wir gar nichts Besseres thun, als sagen: nennt das jetzige Wahlrecht an, denn das bietet eine solche Fülle von Agitationsstoff gegen die staatlichen Organe, wie wir es uns besser gar nicht wünschen können, speziell für das platte Land, wenn wir bedenken, daß von 12 Millionen, die gegen Invalidität versichert sind, nur 8 900 000 in Krankenkassen versichert sind, denn 8 900 000 Landarbeitern der Invalidenversicherung ist das Wahlrecht also ganz entzogen. Mit welchem Rechte? Der Eingriff ist so schwer, daß man sich vielleicht noch in dritter Lesung besinnt und das allgemeine Wahlrecht nach unserem Vorschlage einführt.

Wir haben wieder unsere Anträge, die §§ 180 a—f, eingebracht, die den Erlaß von Schutzvorschriften zur Verhütung von Krankheit und Invalidität betreffen. Wir halten sie für äußerst notwendig; den Arbeitern wird mehr gedient, wenn sie nicht invalide werden, als wenn sie als Invaliden mit einer lächerlichen Rente abgefunden werden. Die §§ 180 a—s der Gewerbe-Ordnung, auf die verwiesen wurde, beziehen sich keineswegs auf sämtliche Arbeiter. Nicht einmal die Hälfte der Versicherten unterliegt ihnen. Die Verhütungsvorschriften der Berufsvereinigungen erstrecken sich nicht auf alle Betriebe und wenden sich nur gegen Unfälle. Sie finden z. B. auf das gesamte Gefinde keine Anwendung, auch wenn das Gefinde in industriellen Großbetrieben, in Hotels z. B. beschäftigt ist, keine Anwendung auf die Hausarbeiter, die Bureauangestellten. Auch das Gewerbe der Feinstempfer, wo im hohen Grade Unfallgefahr vorhanden ist, unterliegt beispielsweise nicht diesen Schutzbestimmungen. Aber sehen wir uns auch einmal die Schutzbestimmungen, die erlassen sind, selber an: genügen sie denn allenthalben? In den Bestimmungen für Zigarrenfabriken ist im § 2 das Trachten und Lagern von Tabak in den Arbeitsräumen untersagt. Es ist aber nicht untersagt, den Tabak in der Wohnung des Fabrikanten zu trocknen. Wenn nun der Fabrikant selbst seine Arbeiter bei sich logiert, so ist es zwar untersagt, den Tabak die Nacht über in den Arbeitsräumen zu trocknen, wohl aber können die Schlafräume der Leute den Tag, ja sogar die Nacht über zum Trocknen des Tabaks benützt werden zum Schaden der Gesundheit der Arbeiter und der Kinder. Darum wäre die Befugnis, Arbeiter-Schutzvorschriften zu erlassen, wohl angebracht. Nun wurde zwar geltend gemacht, daß das Gewerbe-Inspektorat weiter ausgedehnt werden soll. Damit allein ist gar nichts gethan, wenn man dem Gewerbe-Inspektorat nicht gleichzeitig die entsprechenden Schutzvorschriften an die Hand giebt. So liegt der Fall mit dem Inspektorat, den die Hamburger auf Drängen der Arbeiter angestellt haben, bitterlich darüber, daß er vollständig machtlos ist, irgendwas einzuführen, weil weder die Unfallversicherungs-Vorschriften der See-Berufsvereinigungen noch der Speichereis-Berufsvereinigungen weitere Vorschriften erlassen werden, so hätte man den Gewerbe-Inspektorat, soweit er zuständig ist, beauftragen können, auf ihre Durchführung zu achten. Herr Richter fürchtet, die Krankheitsverhütungs-Vorschriften könnten ins Meer verloren gehen. Ja, das müssen sie auch, denn auch die Gefährdung der Gesundheit ist unbegrenzt und begrenzter Schutz muß dahinter zurückbleiben. Warum sind nur die Herren Freisinnigen mit ihren Einwendungen nicht bei dem § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches gelommen, der einen zivilrechtlichen Anspruch überall da festsetzt, wo die Gesundheit der betreffenden Personen, sei es bei der Arbeit, sei es beim Logieren gefährdet wird, wenn Dienstboten z. B. in schlechte Quartiere untergebracht, oder mit schlechter Kost gefüttert werden? Aber ich meine, viel besser als die beste Entschädigung ist das Vermeiden der Krankheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Trotz aller dieser Bemängelungen müssen wir anerkennen, daß die Novelle einzelne Verbesserungen enthält, dahin rechnen wir die Abkürzung der Carenzzeit, die Bestimmung, wonach schon nach 26 wöchiger Dauer der Krankheit die Invalidenrente eintritt, die Erhöhung der Rente für die 2. bis 4. Klasse, die Vermehrung des Heilverfahrens, die etwas gerechtere Einschätzung der Lohnklassen, obwohl diese immer noch hinter den Bedürfnissen zurückbleibt, eine weitere Verbesserung ist die Erhöhung der Maximalgrenze, die bisher nur 450 Mark betrug, in der 4. Klasse auf 675 Mark und in der 5. Klasse auf 750 Mark, dann, daß die Versicherten, wenn auch immer noch ein minimales, so doch ein größeres Recht zur Mitbestimmung eingeräumt erhalten haben. Deshalb sind wir auch in einer etwas anderen Lage, als es meine Parteigenossen bei der Schaffung des Gesetzes waren. Damals müßten sie gegen das Gesetz stimmen, weil sie die Vorteile des Gesetzes mit der Belastung für den Arbeiter vergleichen mußten und zu der Ueberzeugung gelangten, daß die Belastung in seinem Verhältnis zu der Gegenleistung stehe. Heute liegt die Sache so: Wie das Gesetz abgelehnt, so bleibt der gegenwärtige Zustand bestehen. Da die Novelle Verbesserungen enthält, ohne eine Mehrbelastung des Arbeiters herbeizuführen, ziehen wir den durch die Novelle geschaffenen Zustand dem bisherigen vor. Wir hoffen dabei, daß Sie in dritter Lesung noch die von uns gestellten Verbesserungsanträge annehmen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Othe (C.):

Der Vorredner hat angekündigt, daß seine Partei für die Novelle stimmen wird. Ich begrüße das als einen neuen Fortschritt in dem Entwicklungsprozeß der Sozialdemokratie, die jetzt eingesehen zu haben scheint, daß es besser ist, kleine Vorteile anzunehmen, als nein zu sagen, weil man nicht alles, was man wünscht, erreichen kann. Redner polemisiert im weiteren gegen Einzelheiten aus der Rede des Vorredners. Seine Ausführungen bleiben zum großen Teil auf der Journalistenebene unverständlich. Es fern keineswegs alles Verschlechterungen, was Herr Mollenhauer als solche bezeichnet habe. Er meinte, die Regierung hätte sich in einer Notlage befunden, die wir hätten bezeugen müssen, um größere Zugeständnisse von ihr zu erzielen. Aber auch wir befanden uns in einer Notlage, es drohte uns die Zusammenlegung von Versicherungsanstalten. So waren wir gleichsam gezwungen, eine Verländerung zu verhandeln. Wenn wir Anträge der Sozialdemokraten, denen wir an sich nicht abgeneigt sind, jetzt zustimmen wollten, so würden sich diejenigen Herren mit Recht beschweren können, die unsere Anträge anzunehmen bereit sind unter Zurück-

stellung eigener, anders gearteter Wünsche. Vereinzelt wie uns von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zur Annahme dieses Gesetzes. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Scheele (Welfe):

Wir freuen uns jedesmal, wenn ein Rationalist, wie der Abg. Müller, etwas gegen uns sagt, wir erkennen daran, daß wir auf dem rechten Wege sind. Derselben Meinung sind auch die meisten Mitglieder der National-Liberalen. (Mithras bei den National-Liberalen.)

Abg. v. Staudy (L.):

Ich habe bereits am 10. Mai erklärt, wie schwer es mir wird, dieser Vorlage zuzustimmen. Es ist der Ausgleich, der uns zwingt, zuzustimmen. Doch ist dieser so ungenügend, daß die Notlage jener Anstalten schwerlich ganz beseitigt werden wird. Schwere Verordnungen haben uns vor allem auch die Rentenstellen eingeengt. Auch die Hoffnung des Kompromissantrages ist mir noch viel zu weitgehend. Nur die Erklärung des Regierungsvorgängers beruhigt mich einigermaßen.

Ich hege die Hoffnung, daß ein organischer Ausbau des Gesetzes in absehbarer Zeit eingeleitet werden wird. Die Regierungen hätten sich vorhin fragen sollen, ob das Gesetz einen wirklichen Ausgleich bringt. Sie hätten da ganz radikal vorgehen sollen. Die Regierung hätte ferner auf die Unzulänglichkeiten Bedacht nehmen sollen, die das Markensystem mit sich bringt. Das Markensystem ist in manchen Gegenden geradezu verhängnisvoll. Eine Beseitigung desselben ist dringend zu empfehlen. Dadurch würden wir auch der Einheitsrente nahe kommen.

Scheinrat v. Wodtke

gibt die Versicherung ab, daß mit der Verabschiedung des Gesetzes keineswegs das letzte Wort über die Ausgestaltung desselben gesprochen ist. Doch muß man hinter die Ausföhrungen des Herrn v. Staudy über das Markensystem ein kleines Fragezeichen machen. Zweifellos hat dies früher Unwillen erregt; doch mittlerweile haben sich die sozialen Vorteile des Gesetzes so gezeigt, daß man sich auch mit dem Ableben zufriedensetzt. Man kann wohl sagen, daß das Gesetz sehr bald eines der beliebtesten sein wird.

Dem Abg. Mollenhuth erwidere ich, daß die Regierungen nur deshalb das Gesetz vorgelegt haben, weil sie der Ueberzeugung waren, daß dadurch die Lage der arbeitenden Klassen eine bessere werden würde.

Abg. Müller (natl.)

hofft, daß so wie die Sozialdemokratie ihre Stellung zum Gesetz geändert habe, auch die Deutschhannoveraner von ihrem einseitig ablehnenden Standpunkt auch zurückkommen würden.

Abg. v. Scheele (Welfe)

verteuert sich gegen den Vorwurf, nationale Interessen nicht fördern zu wollen. Die Deutschhannoveraner sind ebenso gut deutsch, wie die übrigen Parteien. Nur was nicht deutsch im Deutschen Reiche ist, das verdanken wir den National-Liberalen! (Allgemeine Heiterkeit; auch Präsident Graf v. Helldorf lächelt.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Die Herren Abg. Hise und Müller haben es beide so hingestellt, als hätten wir uns geändert, wenn wir uns diesmal für das Gesetz erklären. Das ist keineswegs der Fall. Wenn wir früher nicht dafür stimmen konnten, so lag das nicht an uns, sondern an den betreffenden Gesetzen. (Oh! oh!) Daß wir uns in irgend einer Weise geändert haben, bestreite ich auf das entschiedenste. Wir haben diesmal sorgfältig abgemessen, ob die Verbesserungen und Verschlechterungen sich gegenseitig aufheben. Da noch unserer Meinung die Verbesserung ein wenig größer ist als die Verschlechterung, deshalb haben wir uns für das Gesetz erklärt. Wir hätten uns auch für andere Gesetze erklärt, wenn diese nicht sechs hinter den minimalen Anforderungen zurückgeblieben wären.

Dann schließt die Generaldebatte. Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. (Auchdem dritte Lesung des Nachtragses.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

lokales.

Als Central-Krankenkasse für Deutschland zu Berlin. E. S. 184, ist hier wiederum von interessierter Seite ein Geschäftslnternehmen ins Leben gerufen worden, das seine Verwirklichungsbedingungen im Ganzen fast wörtlich nach den Statuten der verstorbenen W. L. S. Krankenkasse in der Müllerstr. 174 (E. S. 126) eingerichtet hat. Das Bureau der neuen Kasse befindet sich Landbergerstraße 20. Als Gründer des Unternehmens werden frühere Beamte der W. L. S. Krankenkasse genannt. Es bedarf wohl nur dieses Hinweis, um die Arbeitskraft zur größten Beachtung zu veranlassen. Die Schätzungen, welche weite Kreise durch die verstorbenen Kassen erlitten haben, werden hoffentlich überall dem Publikum zur Warnung dienen.

Der erste diesjährige Transport Werderscher Obstes, bestehend in Äpfeln und Erdbeeren, trifft am nächsten Donnerstag hier ein. Am Mittwochabend um 6 Uhr verläßt der der Genossenschaft Werderscher Obstzüchter gehörende Dampfer unsere märkische Obstkammer und legt in den ersten Stunden des darauffolgenden Donnerstags bei der Dorotheen-Markthalle am Reichthags-Ufer an.

Gegen die geplante Anlage eines Müll-Verbrennungs-Ofens in der Reinholdsdorfer Vorstadt hat, außer der städtischen Stütungsdeputation, auch Prof. Virchow im Interesse des Kaiser und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhauses Einspruch erhoben, in dessen Nähe auch die Gebäude der Kaiser Wilhelm- und Augustus-Stiftung, der Mutter- und Lange-Schuleischen Stiftung, sowie das Heilige Geiß und St. Georgen-Hospital liegen. Der städtischen Gesundheits-Deputation, welche die fragliche Parzelle an den Ingenieur Schneider-Dresden verpachtet hat, war die Absicht des letzteren, hier einen Müllverbrennungs-Ofen zu erbauen, wohl bekannt.

Monats-Nebenkarten können nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion im Berliner Stadtbahn- und Ringbahn- und im Berliner Vorortverkehr ebenso wie die Monatskarten bereits vom 20. eines Monats ab für den folgenden Monat gelöst werden.

Wie fährt sich's so gemächlich... Die Zwischenfälle bei dem Accumulatorbetrieb der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn zeigen immer neue und erschreckende Formen. So geriet Montagmittag in einem der Donnerwagen auf voller Fahrt zwischen dem Knie und dem Bahnhof Tiergarten eine der Sitzbänke in Brand. Der Brandgeruch rief in dem vollbesetzten Wagen eine allgemeine Panik hervor, so daß alles auf den Hinterperren sich stützte. Schnell wurde der Wagen zum Stehen gebracht und von den Fahrgästen verlassen. Die Untersuchung ergab, daß infolge von Kurzschluss die Verbindung zwischen zwei Batterien geschmolzen war und die Holzkohlebänke in Brand gesteckt hatte.

Unheil des Guten. Wir befinden uns in der Jahreszeit, wo die roten Luftkugeln von Sprengwagen wieder langsam durch die Straßen und über die Plätze rasseln, um die lästige Staubentwicklung zu verhindern. Diese Thätigkeit wird jebermann, besonders an heißen Sommertagen, mit Freuden begrüßen. Aber nicht immer haben sich die Weisen unserer Straßenreinigungs-Verwaltung in dieser Hinsicht der Sympathie der Bevölkerung zu erfreuen. Diese Umwandlung der Gefinnung vollzieht sich an den Tagen, an denen Gott Plinius in Konkurrenz mit den Sprengwagen tritt. Es macht einen komischen Eindruck, wenn man an solchen Tagen sieht, wie die Sprengwagen ihre dann höchst überflüssige Thätigkeit noch weiter entfalten. Besonders das Wälken der Rodfahrer ist darüber sehr ungehalten und macht hartes Wort, das keine Schmeichelei für unsere städtische Straßenreinigungs-Verwaltung bedeutet. Ist ob dieser unzulässigen „Plantscheri“ den Ritters vom Stroh schon entschläft, wenn sie in unfehlbarer Berührung mit dem nassen Straßenpflaster kamen. Müge also unsere städtische Straßenreinigungs-Deputation ein Einsehen haben und bei der Vesprenzung der Straßen

mehr die Bedürfnisfrage in Betracht ziehen und des Guten nicht zu viel thun, denn: „Alles ist umgekehrt“.

Der Berliner Juni-Jahrmarkt wird von heute (Mittwoch) früh bis Sonnabend, den 17. d. M., abends auf dem Antonplatz, Simeonsufer und den angrenzenden Straßen abgehalten.

Fürstlicher Traubrand. Vor etwa zwei Jahren errichteten unter der Firma Jenthal u. Meyer in der Straßburgerstraße die Ehefrau des Kaufmanns Jenthal und ein Fräulein Meyer ein Bäckereingroßgeschäft, wozu der Kaufmann Jenthal als Leiter vorstand. Nebenbei war er auch als Reisender des Geschäfts thätig. Am vergangenen Freitag gab J. an, eine kurze Geschäftsreise unternehmen zu müssen. Als er gestern noch nicht zurückgekehrt war, schloß man Verdacht, der durch Umfrage bei der hiesigen Kundschaft keine Bestätigung fand. Jenthal hatte Gelder in beträchtlicher Höhe einlöslich und die Geschäftsreise vorgeschickt, um umgekehrt das Weitere suchen zu können.

Die Untersuchung gegen die Schuhwaren-Liebesbände „Gras und Genossen“ ist so weit abgeschlossen, als die familiären bei der Sache beteiligten Diebe und Hehler ermittelt und festgenommen sind.

Die Platzsteuer gegen Bildung und Besitz. Das Komitee zur Verhinderung der Hochbahn hatte in einem an die „Bewohner Berlins und Schönebergs“ gerichteten Aufrufe zur Unterzeichnung der an den Kaiser zu richtenden Immunitätsaufgabe aufgefordert und darin zugleich auf die „Verunstaltungen“ hingewiesen, welche verschiedene Plätze Berlins und Schönebergs durch die Hochbahn-Anlagen erfahren würden. Des Platzes, welches in Schöneberg an allen Anschlagsläufen angeheftet war, ist in Berlin, wie das „V. Tagebl.“ hört, nicht gestattet worden. Mehrere Interessenten, darunter der Regierungspräsident a. D. Prinz Gaudry, welcher Eigentümer des Grundstücks Kollendorferplatz Nr. 4 ist, sollen Immunitätsaufgaben an den Kaiser gerichtet haben.

In der Trunkenheit verunglückt sind vorgestern Abend zwei Personen. Der 48 Jahre alte Zimmermann August Modak aus der Antonstraße 9 stürzte auf dem Heimwege beim Verlassen des Stadtbahnhofes Wedding die Treppe hinab und zog sich einen komplizierten Bruch des Rasenbeins und eine Kopfverletzung zu. Der 34 Jahre alte Weber Ferdinand Schatzgott lief in der Marzigrabenstraße unter einer Droschke, wurde überfahren und erlitt bedeutende Verletzungen am Kopfe. Beide wurden durch Sicherheitsbeamte in ein Krankenhaus gebracht.

Pöbellich beschlagnahmt worden ist die Leiche des 30 Jahre alten Arbeiters Wilhelm Löbning aus der Fischerstr. 5, der vorgestern Morgen um 5 1/2 Uhr tot aufgefunden wurde. Löbning litt an Krämpfen und hatte sich erst vor kurzem beim Hinfallen das ganze Gesicht zerkratzt. Vorestem Morgen fand ihn ein Hausgenosse in der Waidmännchenstraße auf dem Hofe, die er kurz vorher aufgesucht hatte, tot daliegen. Seine Frau, die mit dem einzigen Kinde bei den Eltern des Mannes anherhalb Berlins sich aufhält, wurde telephonisch benachrichtigt.

Zeugen gesucht. Am Mittwoch voriger Woche früh 6 1/2 Uhr rannte ein junger Mann in der Lindenstraße einen Radfahrer um. Personen, die diesen Vorgang gesehen haben, wollen sich beim Tischler Schulz, Junferstr. 15, melden.

In geistiger Unwachung hat die 40 Jahre alte Gasarbeiterfrau Daller, Rivine, geb. Langensfeld, aus der Sellenstraße 12, Hand an sich gelegt. Die Frau hatte sich drei Wochen lang in einer Anstalt befunden, war dann aber vor acht Tagen entlassen worden und schien fast ganz wiederhergestellt zu sein. Gestern Abend ging sie noch zum Einkauf in die Markthalle und niemand merkte ihr etwas Besonderes an. Zu der zwölften Stunde vernahm die Tochter sie im Bett. Die Frau war heimlich aufgestanden und hatte sich in der Küche an einem Kleiderhalter erhängt. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Selbstmorde. Vergiftet hat sich Montagabend das Dienstmädchen Anna Fied., das bei dem Kaufmann von Wagen in der Wilmstraße 88 in Stellung war. — Der 22 Jahre alte Rahmensebener Georg W., der in Hamburg beschäftigt war, befand sich vor acht Tagen auf Besuch bei seinen Eltern in Berlin. Nachdem er drei Tage hier war, kam er nicht wieder nach Hause und blieb seitdem vermisst, bis man gestern die Leiche des jungen Mannes aus der Spree landete.

Die Direktion der Hagenbedschen Ausstellung im Konzertgarten der Brause-Friedrichsstraße teilt mit, daß während der Straßkonzerte die Vorstellungen an den Wochentagen um 7 Uhr und 9 Uhr stattfinden und es so eingerichtet worden ist, daß die Vorstellungen während der Pause des Straßkonzertes Programm und erfolgen. Außerdem ist die Einrichtung getroffen, daß das Publikum, das nicht zu den Straßkonzerten will, einen direkten Zugang zur Hagenbedschen Schauspieltage und mittels die Vorstellungen für den Eintrittspreis von 30 Pfennig besuchen kann.

Ein vollständig neues Programm von durchwegs erstklassigen Spezialitäten hat das Passage-Theater für sein Variété-Theater zusammengestellt. Von den neu engagierten Kräften seien die Wiltold mit ihrer Emotions-Komiker „Der Altker in Caschans“, das wunderliche Lustspielpaar Gold und Gena Bolmar, der italienische Travestier-Sänger Angiolini und die Soubrette Kam Tharan genannt. Besondere ist das Variété-Theater allen Besuchern des Panoptikums ohne Eintrittsgeld zugänglich. Mit dem unverwundbaren Fackel-Lademe Aratas, der täglich von 10 Uhr mittags ab zu sehen ist, hat die Direktion des Passage-Panoptikums noch eine kurze Verlängerung seines Kontraktes abgeschlossen.

Theater. Das Schiller-Theater bringt als nächste Reueinführung einen Einakterabend. Den Anfang macht das Lustspiel „Die schmale Periode“ von Paul Ernst, hierauf: „Ein Schäferschinder“, Spiel in einem Akt von Georg Engel, dann: „Nebenströmung“, Komödie von Ray Dreber. Den Schluß des Abends bildet das Lustspiel „In Welt“ von Gustav Adolph. — In der heutigen Vorstellung wird das Madentische Schauspiel „Salsation“ zum vorletzten Male wiederholt. — Heinrich Bötel ist nun seinem Unfall vollständig wieder hergestellt; er war gestern bei Direktor Kowatz hier in Berlin, um darüber wegen seines Gastspiels mit der Moritz-Oper im Schiller-Theater zu besprechen.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichshagen. Am Donnerstagabend 5 1/2 Uhr findet im großen Saale des Herrn Max Zerke (Rundteil) eine Protest-Versammlung gegen die Justizhausvorlage statt. Referent ist Reichstags-Abgeordneter Gaate-Königsberg. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vertrauensmann.

Schöneberg. In der Stadtverordnetenversammlung vom Montag kam die Vorlage des Magistrats über die Einrichtung von Schulbädern zur Verhandlung. Der Vorlage ist vom Magistrat folgende Fassung gegeben worden:

Für die beiden Brausebäder der Gemeinde-Doppelschule in der Apostel Paulusstraße werden 840 M. bewilligt und zwar 100 M. für die ehemalige Beschaffung von Badewäsche, 500 M. für laufende Betriebsausgaben und 240 M. für die Bedienung. Das Baden soll während der Unterrichtszeit unter Aufsicht der Lehrer in der Weise stattfinden, daß jede Klasse nur alle vierzehn Tage eine nützliche Unterrichtsstunde verliert. Die Kinder haben eigene Badewäsche mitzubringen. Insofern die Eltern zu deren Beschaffung nicht in der Lage sind, soll sie von der Schule zur Verfügung gestellt werden. Während Genosse Masch dafür eintrat, daß man allen Kindern städtischerseits die Badewäsche zu liefern habe, eigene Wäsche jedoch gestatten solle, sprach Genosse Obst für eine Erhöhung der zu dem Zwecke ausgeworfenen Summe auf 1000 M., indem man der Bedienung eine Entschädigung in Höhe von 400 M. bewilligen möge. Die Versammlung konnte sich jedoch, wie zu erwarten, hierzu nicht aufschwingen und demgemäß fand der Magistratsantrag gegen 8 Stimmen Annahme. In Bezug auf die Einrichtung einer Spar- und Vorschußkasse für die Beamten nahm die Versammlung nach kurzer Motivierung des Referenten folgenden beschließenden Antrag an: Die Stadtverordneten beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung ziehen zu wollen, ob den fortgesetzten Anträgen auf Gewährung von Unterstufungen seitens der Beamten nicht dadurch vorgebeugt werden kann, daß denselben nahe gelegt wird,

sich eine Selbsthilfe durch Begründung einer Spar- und Vorschußkasse für Beamte und Hilfsarbeiter zu schaffen. Der Bildung einer besonderen Einkommensteuer-Voranlagungskommission mit dem ersten Bürgermeister als Vorsitzenden hat der Finanzminister Biquel seine Zustimmung erteilt, wozu die Versammlung Kenntnis nahm. In der Angelegenheit des Entlasses eines „Ortsstatuts für Quartierleistungen“ beantragte der zur Beratung eingefasste Ausschuss: „Das Ortsstatut ist nicht anzunehmen, vielmehr wird an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, den Stadtverordneten eine neue Vorlage nach der Richtung zu unterbreiten, daß die hierorts unterzubringenden Truppen in gemieteten Quartieren Aufnahme finden sollen. Die hierdurch entstehenden Kosten sollen nach Maßgabe des in Berlin in Kraft befindlichen Ortsstatuts aufgebracht werden.“ Die Versammlung beschloß demgemäß. Vor Beginn der Sitzung machte Bürgermeister Gehard die erfreuliche Mitteilung, daß die Berlinische Boden-Gesellschaft die Summe von 12500 M. als Grundfonds zur Errichtung eines Krankenhauses gespendet hat.

Auf verfaultem Nord und Anstiftung dazu lautet ein Ermittlungsverfahren, welches seit gestern bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht II im Gange ist. Dem Verfahren liegt folgender Thatbestand zu Grunde: In Deutsch-Wilmersdorf wohnt der Justiz-Militär-Anwärter Hahn, der bei einem Berliner Gericht seine Ausbildung erhalten hat und dient vor dem Examen steht. Er hat 25 Jahre bei der Marine gedient und den Zivilverordnungs-Service erworben. Seit 8 Jahren verheiratet, hatte er sich noch eine Geliebte angeeignet. Die Ehefrau soll um des Verhältnisses gewirkt haben und verkehrte freundschaftlich mit ihrer Nebenbuhlerin. Am Sonntag waren alle drei, das Ehepaar mit der Geliebten, nach Schmaragdberg gegangen und hatten sich dort in einem Lokale amüsiert. Nachts in der zweiten Stunde wurde der Heimweg angetreten; man ging zu Fuß am Bahndamm entlang. Unterwegs blieb der Ehegatte etwas zurück. Frau H. drehte sich um, um zu sehen, wo er bleibe; in diesem Moment sah sie die Nebenbuhlerin von hinten, brückte sie an den steil abfallenden Bahndamm und stach sie mit einem Dolch oder dergleichen Instrument in den Hals. Die Frau schrie entsetzt um Hilfe; Leute, die denselben Weg zurücklegten, kamen schnell herbei, sahen die Attemäterin und brachten sie nach dem Amtsgericht, wo dieselbe in Haft behalten wurde. Bei ihrer polizeilichen Vernehmung gab sie an, sie habe die Frau H. töten wollen, und der Ehegatte derselben habe sie dazu angeflusst. Infolge dieser Aussage wurde bereits eine Stunde später auch der Ehegatte verhaftet. Derselbe hatte in der Zwischenzeit seine Frau zu einem Arzte gebracht, der derselben die nicht unerhebliche aber keineswegs lebensgefährliche Verletzung verband. Die Frau hat aber, da ihr Mann an temporärer Geistesstörung leidet, demselben sofort in Rechtsanwält Hincus I einen Verteidiger gestellt, und dieser hat sich auf Grund der geistigen Beschaffenheit seines Klienten sofort um dessen Gastentlassung bemüht, die vielleicht heute noch erfolgen dürfte.

Für die Schlächtergesellschaft von Rigdorf und Brück fand am Sonntagmorgen im Lokale von Mercier, Steinwegstr. 55, eine öffentliche Versammlung statt. Dieselbe beschloß nach einem Referat des Vaters Schneider, Berlin über Zweck und Nutzen der Organisation und einer längeren Diskussion für Rigdorf und Brück eine Zahlstelle des Berliner Verbandes zu errichten und zwar im Versammlungsorte, bei Mercier, Steinwegstr. 55.

In Berlin ist ein reaktionäres Statut für die Bildung einer Gemeinde-Schulkommission erlassen worden, das bezwecken soll, die Wahl sozialdemokratischer Schuldeputierter zu verhindern. Als ob durch solche Maßnahmen der Fortschritt der sozialdemokratischen Idee auch nur einen Augenblick gehemmt würde!

In Weihensee hat die Gemeindevertretung beschlossen, zu Schulzwecken für den Preis von 10000 Mark in der Goethestraße ein Grundstück zu erwerben. Einer Kommission, die den Bau des Schulhauses zu leiten hat, gehört auch Genosse Karow an. Die Uebernahme der Brenzlauer Chaussee von der Berliner Grenze bis zur Kaiser-Friedrichstraße in die Selbstverwaltung der Gemeinde, natürlich gegen entsprechende Entschädigung, soll bei der Provinz beantragt werden. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war es, daß die Zustände in dieser Gegend geradezu als unpolierbar bezeichnet werden müssen. — Die seiner Zeit auch im „Vorwärts“ näher behandelte Klage der Gemeinde gegen den Landdirektor und Gemeindevorordneten Warkul hat durch einen Vergleich ihre Erledigung gefunden. W. zahlt an die Gemeinde die Summe von 750 M.; die Kosten werden zur Hälfte getragen. — Auf eine Anfrage des Genossen Karow, wie weit die Sache Gauer gediehen sei, wurde vom Gemeindevorsteher erwidert, daß er eigentlich nicht verpflichtet sei, hierüber an dieser Stelle Rede zu stehen. Die Regelung dieser Angelegenheit sei vielmehr Sache des Amtsausschusses, doch wolle er aus Gefälligkeit mitteilen, daß G. zur Zeit sich krank gemeldet habe und vom 1. Oktober d. J. ab pensioniert werden solle. Diese Erklärung des Vorstehers hatte zur Folge, daß der Genosse Karow energisch die Behandlung dieser Frage für die Gemeindevertretung reklamierte, da G. bis jetzt von der Gemeinde bezahlt worden sei. Diese Angelegenheit dürfte trotz der Erklärung des Vorstehers für die Gemeindevertretung noch nicht erledigt sein. — In Weihensee sind Sonntagmorgen leider zwei unserer Parteigenossen, die Fischer Nibel und Schmolder beim Bootfahren ertrunken. Die Leichen der beiden wurden nach der Leichenhalle gebracht. N. der Witwer und Ernährer seiner alten Mutter war, hinterläßt fünf Kinder, S. hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Verformungsstreben. Aus Köpenick wird der „Vollst.“ gefürchtet: „Anfang dieses Monats machte der Seminar-Direktor Schulz Dr. R. seine Jünger darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 4. d. M., in Ort ein Missionsfest stattfinden würde, und fragte, wer von den Seminaristen an diesem teilnehmen wolle. Nach alter Seminarordnung wird sonntäglich eine gemeinsame etwa halbstündige Andacht abgehalten; außerdem ist jeder Jüngling verpflichtet, am Vormittagsgottesdienst in einer der beiden Kirchen teilzunehmen. Es ist daher nicht unverständlich, wenn auf die Frage niemand seine schöne Freizeit von 1 bis 6 Uhr zu opfern Lust verspürte, um sich für Kirchenbauten in Ostfriesland, Preußigermangel in China oder ähnliche Dinge interessieren zu lassen. Der Herr Schulz dachte anders. Er kommandierte: das ganze Seminar wird an dem Missionsfest teilnehmen. Ausgeschlossen wurden selbst die Seminaristen nicht, die an diesem Tage Besuch von Angehörigen erhielten. Ob der Weg von Köpenick und Ort beide Male zu Fuß zurückgelegt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Bei der schlechten Verbindung beider Orte ist dies aber anzunehmen. Auf jeden Fall steht fest, daß die Seminaristen zurücklaufen mußten. Man zwingt also 17-20jährige Leute, die nach aufregender Wochenarbeit Erholung und Abwechslung erziehen, einen ganzen Nachmittag zu opfern, um in Ort eine Missionspredigt zu hören.“

Für 1 1/2 Millionen Mark Terrainverkäufe sind dieser Tage in Hehlendorf abgeschlossen worden, die der Gemeinde an Umfänger die respektable Summe von 15000 Mark eingebracht haben. Das Terrain ist von einer Berliner Baugesellschaft erworben worden, welche im nächsten Jahre große Villenbauten auszuführen gedenkt; die Besitzer des wertvollen Grundlandes gehören ohne Ausnahme den alleingetragenen Familien an.

Versammlungen.

In der Versammlung der freien Vereinigung der Bauarbeiter vom 11. Juni wurde der neue Vorstand gewählt. Vorsitzende: Illmann und Fischer; Schriftführer: Lemke und Schiewe; Kassierer: Fischer und Fiedler; Beisitzer: Fiedler, Schulz und Helm. Die Zahlstelle für Adolt befindet sich in der Lübbenerstraße 28 bei Fiedler. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 8. Juli im Kobden statt.

Konsumverein Berlin Nord. Donnerstag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Simeonsufer-Gesellschaftshaus, Monatsversammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Beschlußfassung über die Er-

Öffnung der ersten Verkaufsstelle. Aufnahme neuer Mitglieder. Der nächste Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Theaterverein „Seigoland“. Heute abend 9 Uhr Kater. 144. Sitzung.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute abend 8 1/2 Uhr. Versammlung in G. Feuerhain's Restauration (Händler R. Herzberg), Alte Jakobstr. 75.

Vermischtes.

Große Exzesse sollen in der Nacht vom Montag zu Dienstag in Mainz im wegen Verhaftung rebellierender norddeutscher Zimmergefellens stattgefunden haben. Hiesigen Blättern wird darüber berichtet: Es hatten sich gegen 5000 Personen angesammelt. Der Schutzmannschaft und der britischen Gendarmen gelang es nach dreistündiger angestrengter Thätigkeit, die Ruhe wieder herzustellen; 51 Personen wurden verhaftet, ein Soldat gemißhandelt.

Fabrikbrand. In der Nacht zum Montag brannte die vor einem Jahre errichtete Waggonfabrik in Weimar nieder. Die Maschinen im Hauptgebäude sind vollständig vernichtet, so daß eine größere Anzahl Arbeiter arbeitslos werden.

Bei Craun kenterte gestern vormittag ein Fischerboot mit vier Besatzung; zwei der Fischer wurden durch ein Rettungsboot gerettet, die beiden anderen ertranken. Die Kleinfischer Thomat, Büffel und Galinis aus Ratzeburg wollten diese Nacht eine Kahnladung von 20 Tonnen Maschinen über den Westtiner See nach Ruhlant schwimmen. Auf der Fahrt über den See wurde der Kahn led und verlor bei der starken Belastung schnell in die Tiefe. Alle drei Schwimmer sind ertrunken.

Eisenbahnunfall. In der Nacht zum Dienstag entgleiste infolge Schienenbruchs, wie man aus Oberwesel berichtet, der Schnellzug O f e n d e - W i e n. Personen sind nicht verletzt. Materialschaden liegt nicht vor. Amlich wird hierzu aus Bingerbrück gemeldet: Bei Schnellzug L 64 Ostende-Wien sind heute 4 1/2 Uhr vormittags auf Strecke Koblenz-Bingerbrück unterhalb Station Oberwesel infolge Schienenbruchs mehrere Wagen entgleist. Personen wurden nicht verletzt, auch ist der Materialschaden nicht bedeutend. Reisende vom Zug 64 fanden ab Bingerbrück mit einem gelegtem Sonderzug Weiterbeförderung nach Frankfurt a/M.

Absturz in den Alpen. Der 25jährige Lithograph Reichmann aus Wien, seit zwei Jahren in Wien wohnhaft, ist bei Besteigung des Stockhornes (Bern Oberland) abgestürzt und war sofort todt. Er hinterläßt betagte Eltern in Wien.

Türkisches. Der Direktor der Gruben in Kasandra Chevalier ist, wie aus Konstantinopel berichtet wird, von Räubern entführt worden.

Wie aus den nordamerikanischen Staaten Wisconsin und Minnesota gemeldet wird, hat dort ein verheerender Wirbelwind gewüthet. Am meisten litten die Distrikte Richmond und Hudson in Wisconsin und Hastings in Minnesota. In Richmond sollen 150 Menschen umgekommen sein.

Marktpreise von Berlin am 12. Juni 1899

nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	D.-Ctr.	16,50	18,10	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	-	15,20	14,-	Rohfleisch	1,80	1,-
*) Futter-Gerste	-	13,10	12,80	Sammelfleisch	1,60	1,-
Kafergut	-	15,00	15,10	Butter	2,40	2,-
mittel	-	15,-	14,50	Eier 60 Stck	3,00	2,20
gering	-	14,40	14,-	Karpfen 1 kg	1,80	1,20
Rüchthoch	-	4,-	3,32	Kale	2,80	1,40
Der	-	6,80	4,-	Hander	2,80	1,20
Ferkeln	-	40,-	25,-	Schote	2,20	1,20
Speckschonen	-	50,-	25,-	Barfisch	1,60	0,80
Einlen	-	70,-	30,-	Schale	2,80	1,20
Rostfleisch, neue	-	6,-	4,-	Pfele	1,20	0,80
Rindfleisch, heute 1 kg	-	1,00	1,20	Archie per Schock	12,-	2,50
do. Gans	-	1,20	1,-			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Grenz-Landwirtschaftskammer - Rottungstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 12. Juni. Brotschäkte verkehrten abgemindert und gaben 1-1 1/2 R. nach. Oker behauptet. Mehl fester. Stroh unverändert. Die Tendenz des Spiritusmarktes war fest. Angeboten waren 65 000 Liter Ware, die mit 40 R. wie gestern gehandelt wurden. Termine zogen eine Kleinigkeit im Werte an. **W e s t l a u , 12. Juni.** **Produktenmarkt.** Spiritus pr. 100 Liter 100 Proz. erst. 50 R. Ber-

brauchsabgaben pr. Juni 58,50 Gr., da. 10 R. Verbrauchsabgaben pr. Juni 58,50 Gr. Weiter: Rahl und regnerlich.

Berlin's Getreide- und Mehlgeschäften zu Wasser vom 12. Juni mittags bis 13. Juni mittags betragen 608 To. Weizen, 360 To. Roggen, 1500 D. Ctr. Weizenmehl.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

M. P. 1. Argentinien gilt noch nicht als das schlechteste Ziel für deutsche Auswanderer. Das Klima ist gut.

Kräger, Halberstadt. Der betreffende Passus in der „Denkschrift“ entnommen.

Herrstraße. Die deutsche Kaiserkrone befindet sich im Besitz des österreichischen Hofes zu Wien.

G. A. Hofackerstr. Leider nicht verwendbar.

M. 2. 101. Uns unbekannt.

G. K. 13. Die einzige in Betracht kommende Taufstammensliste ist die königliche, Kaiserstr. 86-88. Wenden Sie sich unter Umständen zunächst an den Armenkommissions-Vorsteher Ihres Bezirkes. Eine städtische Taufstammensliste für Kinder, die im Hause ihrer Eltern wohnen, befindet sich Marktstr. 49.

P. B. Wir können die bezügliche Empfehlung nicht machen.

Witterungsübersicht vom 13. Juni 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. P. u. G. u. d. W.	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. P. u. G. u. d. W.
Eintriede	759	SW	7	Regen	8	Bayreuth	763	SW	4	heiter	9
Hamburg	757	W	11	Regen	9	Berlin	760	W	11	heiter	17
Berlin	758	W	11	Regen	9	Leipzig	760	W	11	heiter	17
Wiesbaden	755	W	13	Regen	13	Frankfurt	760	W	11	heiter	17
München	757	W	17	Regen	17	Stuttgart	760	W	11	heiter	17
Wien	753	W	18	Regen	18						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 14. Juni 1899. Nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer, zeitweise heiter, jedoch noch unbedeutend mit einzelnen Regenschauern und ziemlich frischen nördlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 14. Juni.
Opernhaus. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf Straßburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Oper-Theater (Kroll). Die Fiedermans. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Was dem, der liegt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Der Schloßherr - Contolent. Vorher: Zum Einsteher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Solgunk. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wohlf. Die Bauernkinder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Waldmeister. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Sothaktion. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Durchsichtige. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshüchliches. Der Hochschulbus. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Rana. Anfang 8 Uhr.
Chaus. Die rote Mühle. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Geen. Falst. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Tandenstrasse 48/49. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Opernspielphon.
Invalldenstrasse 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Central-Theater
Direktion: Josa Foronczy.
Lehtes Werk von Johann Strauß.
Zum 138. Male.
Waldmeister.
Operette in drei Akten von G. Dabls.
Macht von Johann Strauß.
Morgen und folgende Tage:
Waldmeister.

Offend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstrasse 132.
Kleine Preise! Parterre 1,10 R.
Beste Aufführung!

Die rote Mühle.
Sensationelles Lustspiel in 3 Akten
in 8 Bildern von G. Dabls und
G. Sondermann. - Anfang 8 Uhr.
Bergschilde haben Gültigkeit.
Donnerstag: Zum erstenmal!
Die Memoiren des Satans.
Aufspiel in 3 Akten.
Im Garten: Großes Kinderfandest.
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Bundregen. Kaiser-Theater.
Hänsel und Gretel, Märchenbild.
Spezialitäten, Theater und Konzert.
Anf. 8 1/2 Uhr. Saffort hat Gültigkeit.
Sommerabend: Großes Sommerfest.
sch. - Dienstag, 20. Juni: Großes
Sommerfest des 1. Berl. Witzwettens.

Metropol-Theater
Jeden Abend
sensationaler Erfolg!
Berlin lacht!
Berliner Revue in drei Abteilungen.
Hierzu:
Das Press-Ballett
und das phänomenale
Spezialitäten-Programm.
Miss Dejo, die 6 Bonhairs,
Mr. Hurgini, Paul Jülich.
Reizender Sommergarten.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Wochentags Anfang 8 Uhr,
Sonn- und Feiertags 7 1/2 Uhr.

Prater-Theater
Kahantel-Allee 7/9.
Täglich: **Dorus Resl.** Volks-
stück mit Gesang u. Tanz von Hugo
Scholz, Musik von H. Kerker. Kostüm-
lourette Hel. Vierrath. Gebr. Milano,
Orat. Duett. Tauma-Quartett, Gesang
und Tanz. Abous u. Campton, Red-
turner. Sr. Picardy, Gaud u. Kopf-
Quallit. Ballettgesellschaft Döring.
Mr. Bartling, lebende Photographien.
Konzert und Ball.
Eintritt Wochentags und Sonntag
30 Pf., nun. Platz 50 Pf. Kalbo.

Vaudeville-Theater
Inhaber F. Schumann,
Schönf. Allee 148, Kahn-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Sommertheater Marienbad
Badstrasse 35/36.
Regie: Willy Rousche. Direktion:
Max Kerkoburg.
Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Berlin wie's näht und trennt.
Wofte mit Gesang und Tanz
in 2 Akten von P. Cey.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Sommer-Theater
„Alter Dessauer“
Artilleierstr. 32.
Inhaber: A. Ladewig.
Schauspielhaus Berlin.
Täglich: Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.

Bereinszimmer frei SW. Einsam
fr. 23. A. Fick. 1

Urania
Tandenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 8-10 Uhr.

Passage-Panoptikum
Geöffnet von
9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Son 6 1/2 Uhr:
Spezialitäten.
Um 8 1/2 Uhr:
! Sensationell!
Die Athleten
im
Caféhaus.

CASTANS
PANOPTICUM
Die sensationellen
lebenden
Photographien!
mit Figuren in Lebensgröße.
Die russische
Damenkapelle „Mignon“
in maakowitschen Kostümen.
mit 3 Belzen gebor.
leb. Kosakenpferd.

Victoria-Brauerei
Bühnenstrasse 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger
(Führmann,
Hort, Walde).
Anf. Sonntag
präc. 7, wochen-
tägl. 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf.
Bornerl. 40 Pf.
Familienbillets
3 = 1 R.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzen.

Moabiters Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80-81.
Täglich:
Grosses Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung
ersten Ranges.
Kassette geöffnet. - Vesperantons
haben Gültigkeit und sind noch zu
haben. - Elektrische Beleuchtung.
C. H. Peters.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Rüdigerdorfer Straße 71,
am Röhrliner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater**
und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntag 4 Uhr. Eintr. 30 Pf.
Rinder 10 Pf. Sprech. Nachtg. 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Eintr. 10 Pf.
Rinder 10 Pf. Sprech. Nachtg. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

Rechtsanwaltsbureau Unter
führt auch durch Invalldenstr. 126. 11.

Schweizer-Garten
Am Königsdior (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art. **Ball.**
Freier Damentanz und
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenhalde 14-15. Künstliche Leitung: Paul Wüthli.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfirtren des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Wiederländer), Karl Gursch (Tanz-Vorführer), Haddy Brumten
(Kosim-Soubrette), Dora Marchotty (Portiere-Guillibritin), Jackson-Truppe
(Fecentriques) usw.

Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntag 25 Pf.
Rumerleier Platz 40 Pf. Rumerleier Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Brauerei Friedrichshain.
Täglich **Hagenbecks** Polar-
Show.
12 Eisbären, vorgeführt von Hendrick Olafson.
Elefant, Pferd und Hund, vorgeführt von Herckenrath.
Entree 30 Pf., Kinder 15 Pf.
Annoncen-Expedition F. v. Schirp, Berlin.

Action-Brauerei Friedrichshain
früher Pils. Am Königsdior.
Größter Konzertgarten und größter Konzertsaal Berlins.
Heute und folgende Tage
Konzert
von 2049L.
Eduard Strauss,
kaiserl. und königl. Hofkapellmeister mit
seiner vollständigen Kapelle
aus Wien.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. refero. Platz 1 R.

Neue Mühle bei Königswusterhausen.
Zu Dampfer- und Landpartien vorzüglich geeignet.
Otto Beyers Restaurant „Zur Schleuse“
1000 Personen fassend. Regelbahnen. Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Für Vereine und Familien constanteste Bedingungen. 317b
Einzige Dampfer-Anlegestelle in Neue Mühle.

Berl. Bock-Brauerei
Tempelhof Berg.
Allabendlich 8-11 Uhr:
Humoristische
Soiree
der berühmten
sächsischen Truppe
Brauere
Rosswainer
Sänger
(Muldenthaler
gegr. 1854).
7 Herren, Allabendl.
Hauptschlagel:
Schützenglocke Knattermann.
1. Platz 50 Pf., 2. Platz 30 Pf.,
3. Platz 10 Pf.

W. Noacks Theater,
Grunenstraße 16.
Täglich im Garten: **Theater- und**
Spezialitäten-Vorstellung.
Madame Blaubart.
Schwan mit Gesang in 1 Akt
von Lindeker.
Großer Beifall!
Mauschschwänzchen.
Vofte mit Gesang und Tanz in 1 Akt
u. D. Wplins. Musik u. G. Steffens.

Gesellschaftshaus
Zwinnendörfer 42.
Täglich im Garten:
Theater-Vorstellung.
Saal für 800 Personen auch
Sonntag frei. 18272*

Betten, Schlafbeden, Steppbeden,
Kortieren, Kleidungsstücke,
Teppiche, Tischdecken, Regulatoren,
Reumonturen, (potit). Pfandleide
Reanderstr. 8. 87/11*

Verlangen Sie gratis!
Hammion-Fahrräder
MOTOR-RÄDER
Zubehör-Theile
Kammania-Fabrik Hamburg
A-H-VELTZEN, HAMBURG

Teilzahlung
monatlich 10 R.
liefer elegante
Herrngarderober
n. Mah, Tomporowald, Schneiderstr.,
Reanderstr. 16, 11, an der Unnenstr.
(Auch baar Caffé billige Preise.) *

Hans Kayser
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Preuss. u. Steinkohlen.

W. Bensch,
Bärwaldrasse 19. Gof parterre,
auch Gräfelftrasse 6, im Boden.

Fertige Kleider
zu sehr billigen Preisen.
Waschkleider
in Blau, Rot, Organdy
8 Rtl. 50, 10 Rtl.
Welsse
Jackenkleider,
beliebteste Arbeit in engl. Stoff
15 Rtl.
Selken-Blusen 15 Rtl.
Jackenkleid
in Robe und Cheviot
12 Rtl. (2060*)
Jackenkleid
in Cheviot und Covercoat
25 Rtl.
Figarokleid
(Robe mit kurzem Jäckchen)
10 Rtl.
Englische Kleider
tabellofer Stoff, 30 Rtl., 36 Rtl.
Englische Kleider
tabellofer Stoff, mit Hombur-
schürzung und glatt, waferrecht
bestärkt, in Covercoat, Cheviot
und Tuch, 35 Rtl.
Einzeln Röcke
in den neuesten Façons,
schwarz und farbig, auf Futter
6 Rtl., 7 Rtl., 10 Rtl., 12 Rtl.
Alpaca-Röcke
8 Rtl., 10 Rtl., 12 Rtl.
Staubmäntel
5 Rtl., 6 Rtl., 8 Rtl., 9 Rtl., 12 Rtl.
(Zwofel Robe),
leicht, f. Gebirgsstouren, 12 Rtl.
Stelmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse,
Ede Dudenstrasse.

Achtung, Reinickendorf!
 Donnerstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, bei Westermann
 im Kastanienwäldchen Schönholz:
Volks-Versammlung
 für Männer und Frauen.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Frau Emma Ihrer aber: 'Die
 Sucht des Vortages'. 2. Diskussion. 3. 22/19
 Um zahlreiches Erscheinen bitten
 Der Vertrauensmann.

Verein sozialdemokratischer
Gast- und Schankwirte Berlins
 und Umgegend.
 Freitag, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Pagel
 in Groß-Sichterfeld, Chausseestr. 104 (Abfahrt Anhalter Bahnhof):
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Bericht
 über die Verhandlungen mit der Brauerei Bichselhof. 5. Bericht über die
 Vorbereitungen zum Stiftungsfest. 6. Verschiedenes. 69/11
 Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Stiftungsfest am
 Donnerstag, den 22. Juni bei Thomas in Mydors gefeiert wird.
 Der Vorstand. A. A.: Ferdinand Ewald.

Achtung! Achtung!
Lederarbeiter Berlins!
 Donnerstag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn
 Cranz (Victoria-Garten), Badstr. 12:
Große öffentliche Versammlung

aller in der
 Lederfabrikation beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen,
 als: Weißgerber, Ledergerber, Lederfärber, Färber und Berufsgenossen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: 'Die Arbeiterfrage der
 Gegenwart'. 2. Wahl der Revisoren. 3. Bericht des Delegierten zur Ge-
 werkschafts-Kommission. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
 Kollegen! In Anbetracht der so wichtigen Tagesordnung ist es
 Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann.

Turn-Verein „Fichte“
 (I. Damen- und II. Männer-Abteilung).
 Sonnabend, den 17. Juni:
Grosses Sommernachts-Fest
 in Jolis Victoria-Garten, Treptow, Köpenicker Landstrasse 4,
 bestehend in
Garten-Konzert, turnerischen Aufführungen der
 Damen- und Männer-Abteilung, sowie grossem humoristischem
Kasperle-Theater mit lebenden Figuren. (589b)
 Anfang 4 Uhr. **BALL.** Programm 25 Pf.
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie, Vollkommen schmerzloses Zahn-
 ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Achtung, Maurer!
 Heute, Mittwoch, den 14. Juni, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:
Grosse öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
 1. Die vollzogene Aussperrung der Maurer Berlins und der Umgegend. 2. Festlegung der Taktik in diesem Kampfe.
 Zur besonderen Beachtung! Alle Kollegen unserer Richtung, welche am heutigen Tage entlassen sind, haben sich in einem der nachstehenden
 Lokale zu melden, sobald sie dieselben gegen Vorzeigung des Verbandsbüchchens und Sammelkarte eine Streiklegitimation erhalten.
 III (Charlottenburg): Leder, Bismarckstr. 74 | VI (Korben): Dierke, Schwedterstr. 33 | VII (Schönberg): Baumgarten, Königsbergerstr. 7.
 IV (Korben): Bachstein, Salzweberstr. 16 | V (Wedding): Bergmann, Falckewerkestr. 3 | VIII (Schönberg): Martin, Rannunstr. 86.
 I (Süd): Zubal, Lindenstr. 106 | II (Westen): Werner, Bälowsstr. 59 | IX (Mydors): Münzer, Bergstr. 7.

Die Verbandsleitung der Maurer Berlins und Umgegend.
 133/3 Bureau: Lindenstraße 106. Restaurant Zabel. 3 A.: Karl Panzer.

Achtung! Arbeiter. Achtung!
 Freitag, den 16. Juni, abends 6 1/2 Uhr:
Baudeputierten-Sitzung
 in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
 Kollegen, diese Sitzung hat sich mit der Aussperrung unserer Kollegen,
 der Maurer, zu beschäftigen; sorgt dafür, dass jeder Bau vertreten ist.
Die Lohnkommission.

Rehlitz' Garten u. Saal | **Fahrrad-Händler** kauf sämtl. Sa-
 behör u. Rob-
 300-600 Personen lassend, f. Sommer-
 nachts-Bälle, Invalidenstr. 84. (474b) | teile sow. Geht., gep. Räder sehr vorz.
 Oranienstr. 47. Fahrradart. en gros.

Treptow. Park-Restaurant
 C. Ludwig früher Jakob.
 Allen Vereinen und Fabriken empfehle mein Sommerlokal mit grossen Sälen
 (bis 6000 Personen) zu Festlichkeiten aller Art unter coulanten Bedingungen
Jeden Sonntag: Frei-Konzert und Großer Ball.
Jeden Donnerstag: Großes Kinderfest.
 8 neu renovierte Regalbahnen, Kaffeeküche der Neuzeit entsprechend.
 Lagerbier 4/15 Pf. ff. Weibier. Speisen u. Getränke zu soliden Preisen.

Das beste
 und im Gebrauch
 billigste
 und
 bequemste
Waschmittel der Welt
 ist Dr. Thompson's Seifenpulver

Bau- u. Gewerkschaften
„Vorwärts“
 Eingetrag. Genossenschaft mit beschr. Haft
 in Liquidation.
 Laut Beschluss der Generalversammlung
 vom 2. Mai d. J. befindet sich
 die Genossenschaft in Liquidation —
 zu Liquidatoren sind Otto Urban und
 Ernst Hinderlin ernannt worden —
 und ist nachstehende Bilanz genehmigt
 worden:

Debet.	
31. Dezbr. 1908 An Beiträgen	210,—
1. Januar 1899 An Beiträgen	180,—
1. April 1899 An Beiträgen	240,—
	Wart 630,—
Credit.	
31. Dezbr. 1908 Umlösen	31,70
Anzahl Boot	150,—
10. Januar 1899 Zahlung Boot	100,—
20. April 1899 Umlösen	4,20
22. „ „ „ „ „ „	275,—
Beizahl Boot	69,10
	Wart 630,—

Etwaige Gläubiger der Genossen-
 schaft fordern wir auf, sich bei den
 Unterzeichneten zu melden.
 Berlin, 10. Juni 1899
Die Liquidatoren:
 Otto Urban, E. Hinderlin.

Prima harte
Schlackwurst u. Salami
 a Pfund Mt. 1.10;
 bei 5 Pfund a Pfund Mt. 1.00.
Speck, fetter, a Pf. 55 Pf.
 mager, a Pf. 65 Pf.
 bei 5 Pf. a Pf. 5 Pf. billiger.
Schinken, v. a Pf. 85 Pf.
E. Klähn, Linden-
 straße 10.
 nahe der Markthalle. (10502)

Dr. med. Schaper homöop. Arzt,
 Spezialarzt für
Haut- u. Harnleiden
Frauen-Krankheiten
 Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
 Montag, Mittwoch, Sonnabend,
 Ab. 7-8: Friedrichstrasse 114, 1.

Fahrräder
 vorpandert gewesen, ge-
 brauchte u. neue erstklassige
 Damen- u. Herrenräder vor-
 gekauft spottbillig 72/19*
Konzess. Leihhaus
 Neue Schönhauserstr. 111.

Dr. Simmel Moritzplatz,
 1. Handb. Aschinger
 2 Treppen rechts.
 Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Bierbecher
 mit den Bildnissen berühmter
 Volkshelden. Nicht abwaschbar,
 sondern in Emaille eingebrannt.
 Kleiner Verkauf für Deutschland:
A. Laube, Pöls (Gannover).
 Wiederverkäufer an allen
 größeren Plätzen gesucht.

Fahrräder-Teilzahlung
 direkt aus der Fabrik
 mögliche Anzahlung, cont. Teilzahlung.
 1 Jahr schriftl. Garantie.
33. Oranienstr. 33. (10092)

Die Einzige
Tuchfabrik
Lehmann & Assmy, Tuchfabrik, Spremberg, Lausitz.

Deutschlands, die ihre Fabrikate an jeden Privatmann versendet,
 empfiehlt hiermit ihre hocheleganten Fabrikate in
Anzug- und Paletot-Stoffen
 und werden auf Wunsch Muster sofort an jedermann franco versandt.
 Nur beim Bezug aus unserer Fabrik
 kaufen Sie direkt und entgehen dadurch dem Zwischenhandel.
Preise konkurrenzlos billig.
 Auf Wunsch weisen an jedem grösseren Platze Schneidermeister nach,
 welche auch, ohne dass der Stoff von denselben entnommen wird, elegante
 Anzüge zu soliden Preisen anfertigen.

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Geschäftsverkauf! Die Behände eines soliden Vorsehan- und Gmattes waren-Geschäftes sind billig veräußert. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 72, Maurer. (Bei Neugründung eines solchen sehr empfehlenswert.)
Restoration. volle Konzession, in wegen Krankheit preiswert zu verkaufen Rylstr. 13. 9/1
Cigarrengeschäft. 8 Jahre bestehend, verkauft. Erfragen Grünauerstr. 7 bei Wlafa, Keller. 692b
Restaurations-Möbelen zu verkaufen Singsingstr. 6. 11/1
Sühnerfarm möchte erfahrener Mann bewirtschaften, welcher Geschäftes oder Geldmann würde mir eine einrichtigen? Offerten K. 101 Friedrichshagen postlagernd. 14/1
Wohnhaus mit etwas Kapital für wichtige Gründung gesucht. Offerten „Reubel“ an Vogel, Koppenstraße 83.
Damenfahrrad, Herrenfahrrad, fast neu, sofort billig veräußert Karl Graf, Mydors, Hermannstr. 37/38, IV.
Damenfahrrad, Herrenfahrrad, sportbillig veräußert Waldemarstr. 27, I.
Galbrenner, Marke Stern, fast neu, für den halben Preis verkauft Berner, Charlottenburg, Anzeigerstr. 16, Gartenhaus II. (539b)
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, einjährige schriftliche Garantie. Verkauf an Privats direkt ab Fabrik. Diefenbachstr. 33. Imperial: Fahrradwerke. Sonntags geöffnet. 566b*
Fahrräder in allen Preislagen, Zubehör bekannt billig. Reparaturen. Otto Gelze, Brühlstr. 6b. (1068*)
Galbrenner, fast neu, billig. Clemens, Wügenerstraße 11. 7/4

Fahrräder! Hochfeine, elegante, stabile deutsche Maschinen. Garantie 12 Monate. Umföndelbar 130 Mark. Fahrradwerke Oranienstraße 33, II.
Fahrräder, Tourenmaschine 130,00, Straßenrenner 175,00, Damenräder 175,00, mit Patentbremse, erfrägliches Radrital, Continental-Pneumatik, einjährige Garantie, Radlaufgelenk 1,25, Rahmentaschen 1,75, Laufmännel 4,50, Reparaturkästen 0,15, Fahrradunterricht 7,50. Hofmann, Reize Schönhauserstr. 9. 661b
Strohdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmann, Berlin, Wollstr. 72, wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 1933b*
Salonteppeiche, wirklich ganz große Brautstücke, jetzt schon 23,00. Dänische Speisezimmer, Sammetteppiche enorm billig. Wunderschöne Vorhänge, Plüschdecken, Steppdecken, Möbel, prachvoller Trümean, Divandeken, große Partie Tischgardinen, Waren, Spachtelstufen, alles neu, nur beste Marken und ersten Fabrikanten. Verkauf jetzt jedes Stück einzeln zu ganz sportbilligem Preis nur nachmittags bis 8 Uhr. Wüstenstraße 137 (Anhalter Bahnhof). Libese, Kautonator und Warenhändler.
Möbel und Polsterwaren, auch ganze Einrichtungen empfiehlt Franz Zugauer, Brunnensstraße 152. (10792*)
Möbel, bar und Teilzahlung billig Braunfurter Allee 110, I. Trepp. Ecke Königsbergerstraße. 4*
Strohdecken kauft man direkt vom Anfertiger. Schmersler, Blumenstr. 13. 1907b*
100 verschiedene echte Briefmarken 30 Pfennig, Porto 10 Pfennig (385b) P. Vertius, Leipzig, Wehstr. 93.
Rahmschinken auch ohne Anzahlung. Bestellungen Postkarte. Vindner, Bernauerstraße 75. 89/4*

Gardinen-Specialgeschäft Blumenstr. 8 bietet größte Auswahl Gardinen, Stores, Lätzbedecken, Rouleaux, anerkannt billige Preise, gute Qualitäten. 2*
Goldwaren billig, weiß, Goldwa-
 fraße 32a, parterre. 10*
Uhrenaußverkauf sportbillig, Sta-
 liggerstraße 126 parterre. 12*
Goldwaren-Kaufverkauf, sportbillig,
 Staliggerstraße 126 parterre. 13*
Taschenuhren billig Goldwa-
 fraße 32a parterre. 9*
Woll- und Baumwoll-Wäsche jeder
 Art kauft Broderie, Oppelnerstr. 16,
 parterre. 1479b
Schlafsofa, Bettstellen, Matrassen,
 Kleiderständer, Wäschepind, Spiegel-
 pind, Spiegel, Ausziehtisch, Solari-
 regulator, Betten, Gasdrone abrie-
 halber sportbillig veräußert Waldemar-
 straße 27 I.
Ameisenier, frische, Alter 85 Jf.
 Sager, Andradstraße 39. 585b
Kinderwagen, Dreirad, billig zu
 verkaufen bei Reusenfeld, Solmd-
 straße 25. 16/1

Vermietungen.
Wohnungen.
Freundlicher Laden mit angeschlossen-
 der Wohnung, Kellerei, jede Branche,
 sofort oder später, Grünauerstr. 25.
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Fahrdigmacher verlangt Kottbuser
 Damm 100. 89/7*
Fahrdigmacher verlangt Barnim-
 straße 2. 503b
Marmorfleischer, tüchtigen, ver-
 langt Geyr, Urbanstr. 34. 580b
Einsteifer verlangt Hilschstr. 22. 582b
Tüchtiger Koffermacher, der ge-
 neigt ist, sich selbständig zu machen,
 wird von einer Engrosfirma dauernd
 beschäftigt. Anerbieten unter F. 2 an
 die Expedition dieser Zeitung. 587b
Ein Holzbildhauer verlangt nach
 Kusterfeld. Zu erfragen bei Steuerl.
 Göttinger, Nr. 50. 10/1
Bücherlehrer verlangt sofort oder
 zum 1. Juli. Thomas, Schwarzgöpp-
 straße 7. (15*)

Tüchtige Steinmeyer zum Bar-
 mar-Verlegen werden gesucht. Beh-
 löliche Rarmor- und Granitwerke,
 Schönberg, Gothenstr. 1. 11/1
Kinderrinnen und Behrnmädchen auf
 Federn u. Blumen verlangt G. B. Rost,
 Lindenstr. 56. 581b
Wamsfeld auf Nadeln verlangt
 Reusenfeld, Köblingerstr. 9. 584b
Jugendliche Arbeiterin verlangt
 Knopffabrik Hübner, Markstr. 5. (586b)
Wahlfosen - Stepperin und Hand-
 nählerin verlangt Wegmannstr. 7, III.
Wamsfeld auf Wädhensmännel ver-
 langt Jochims, Wrangeistr. 63 II. (19/1)
Nadel- Arbeiterin (grünpote und
 verduhmerte), 3-7 Mark Arbeitslohn,
 verlangt Bloch, Grünauer Weg 12. 525b

Annahme-Stellen
 für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
 Robert Wengler, Fruchtstr. 30, G.
 E. Vogel Wwe., Koppenstr. 83.
 Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
 J. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
 W. Gahmann, Grünauerstr. 64, 65
 Karl Wars, Kollnichen-Allee 95, 96.
 Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.
 E. Dehaud, Rutenplatz 21.
 H. Tsch. Invalidenstr. 124.
 G. Vogel, Demminstr. 33.
Nordwesten:
 Karl Anders, Salzweberstr. 8.
Südwesten:
 J. Chuefoge, Bergmannstr. 23, 5. II.
 G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
 Hans Baake, Dresdenstr. 52/53.
 G. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
 Fritz Thiel, Staliggerstr. 35.
 W. Geise, Wrangeistr. 58.
 Martin Weich, Waldemarstr. 24.
Centrum:
 P. Horst, Gipsstr. 27.
Charlottenburg:
 Gust. Schanzberg, Schillerstr. 94 L.
 H. Tsch. Kaiser Friedrichstr. 37 b.
Friedenau:
 G. Bernice, Rischtr. 15.
Friedrichshagen:
 Anton Kopp, Friedrichstr. 4.
Pankow:
 Rummert, Rauer Friedrichstr. 15.
Rixdorf:
 G. Ockermann, Gräberstr. 6.
 C. Reyeran, Bernmannstr. 50.
Schöneberg:
 W. G. Bäumer, Kottbuserstr. 13.
Weissensee:
 Heinrich Bachmann, Wehberstr. 1.
 Julius Schiller, Königsallee 39a.
 Rob. Weichswager, Gustaf-Klopp-
 straße 16.